

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin Ausgabe Oktober 2009

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

EU-Militarisierung:

Claudia Haydt
Das erpresste „Ja“: Schrankenlose EU-Militärpolitik
nach dem Referendum in Irland? 1

Afghanistan

Claudia Haydt
Eskalation Made in Germany:
Wahlen und Krieg in Afghanistan 2

Christoph Marischka
Schweinegrippe in Afghanistan 5

Deutschland und die Bundeswehr

Michael Schulze von Glaßer
Die Rattenfänger von Balingen: Wie die
Bundeswehr mit Musik neuen Nachwuchs sucht 6

Jonna Schürkes
Dubioses Vorgehen der Bundeswehr vor Somalia 8

Tobias Pflüger
Üben für den Krieg – Bundeswehr ohne Bombodrom 9

Arno Neuber
Zum Barbecue mit Rüstungsbossen 15

Emanuel Matondo
Angola: Korruption und Aufrüstung mit
deutscher Hilfe 17

Neue Kriege

Klaus Pedersen
Landbesitz: Eine Frage der Sicherheit! 20

Jürgen Wagner
Honduras: Neoliberaler Putsch mit
FDP-Unterstützung 25

China

Andreas Seifert
Es brennt ... überall: Kommentar zum
chinesischen Nationalfeiertag 26



Editorial:

Die schlechte Nachricht gleich am Anfang: Leider stimmte die irische Bevölkerung beim 2. Referendum über den Vertrag von Lissabon dem Militärkonvolut zu. Obwohl es noch einige Unwägbarkeiten gibt (v.a. in Polen und der Tschechischen Republik), ist also damit zu rechnen, dass der Vertrag in absehbarer Zeit in Kraft treten dürfte – mit allen Folgen für die weitere Militarisierung der Europäischen Union, vor denen wir immer wieder gewarnt haben. Eine erste Analyse hierzu findet sich gleich am Anfang dieser AUSDRUCK-Ausgabe.

Nun aber zum Positiven: Auch wenn wir weiter Anstrengungen unternehmen müssen, um die Arbeit der Informationsstelle Militarisierung dauerhaft absichern zu können, konnten wir bereits einige neue

Unterstützer gewinnen. Wir freuen uns also mit dieser Ausgabe unsere neuen Mitglieder (und damit auch AUSDRUCK-Bezieher) begrüßen zu dürfen. Wir hoffen, dass wir auch in diesem Heft zahlreiche wichtige Informationen rund um die Militarisierung der Weltpolitik zusammentragen konnten. Wer die IMI bei der Mitgliederwerbung unterstützen möchte, kann gerne Material hierfür im Büro anfordern. Auch über Anregungen und Vorschläge freuen wir uns natürlich wie immer. Sie können am einfachsten per Mail zugesandt werden (die Kontaktdaten finden sich unten auf dieser Seite).

Schließlich möchten wir an dieser Stelle herzlich zum diesjährigen IMI-Kongress einladen: Er wird am 21./22. November in

Tübingen stattfinden (eine Auftaktveranstaltung wird es bereits am 20. November geben) und sich mit den verschiedensten Facetten rund um das Thema "Krisenmanagement: 'Sicherheitsarchitektur' im globalen Ausnahmezustand" beschäftigen. Ein Einladungsflyer findet sich in diesem AUSDRUCK, wer gerne welche zum Verteilen hätte, kann diese natürlich im IMI-Büro anfordern.

Die Redaktion

Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Michael Haid, Andreas Seifert.

Erscheinungsweise: Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisierung erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 25 Euro bzw. Förderabo 40 Euro (ab 2010).

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Tobias Pflüger, Üben für den Krieg, in Friedensjournal 5/2009; Δ Christoph Marischka, Schweinegrippe in Afghanistan, in Telepolis 27.8.2009 (bearbeitet); Δ Emanuel Matondo, Angola, Vorabveröffentlichung zu „KDV im Krieg“; Δ Michael

Schulze von Glaßer, in Telepolis 20.9.2009 (bearbeitet).

Bildnachweise: Titel, S. 6, Findus Cartoon; S. 11-14, IMI.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:

Tobias Pflüger, Claudia Haydt, Jürgen Wagner, Christoph Marischka und Andreas Seifert sind IMI-Vorstandsmitglieder. Jonna Schürkes und Arno Neuber sind IMI-Beräte. Michael Schulze von Glaßer ist IMI-Mitglied, freier Journalist und Student der Politikwissenschaft. Emanuel Matondo ist angolanischer Kriegsdienstverweigerer und Gründer der Angolanischen Antimilitaristischen Menschenrechtsinitiative (IAADH). Klaus Pedersen ist Mitglied der IMI und Autor des Buches „Naturschutz und Profit“ (Unrast-Verlag, 2008).

Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisierung ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist: **1662832** bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisierung e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen

Telefon: **07071/49154**
Fax: **07071/49159**
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Das erpresste „Ja“

Schrankenlose EU-Militärpolitik nach dem Referendum in Irland?

von Claudia Haydt

Am Freitag, den 2. Oktober 2009 fand in Irland die zweite Abstimmung über den Lissabon-Vertrag statt. 67 Prozent sprachen sich für den Lissabon-Vertrag aus, 33 Prozent dagegen. Von fairen und freien Wahlen konnte dabei jedoch kaum die Rede sein. Besonders das Ja-Lager argumentierte kaum mit den Inhalten des Vertrages. Die Debatte spitzte sich zu auf die Frage der möglichen Isolation Irlands bei einem „Nein“ und auf die erhoffte Wirtschaftshilfe „aus Brüssel“ zur Überwindung der irischen Krise und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Nach Einschätzung von Michael Youlton, einer der Sprecher des progressiven Nein-Lagers, war das „Nein“ in den Medien im Vergleich zur „Ja-Seite“ im Verhältnis eins zu fünf unterrepräsentiert und im Verhältnis eins zu zwanzig unterfinanziert bei der Durchführung ihrer Kampagnen im Vorfeld der Referendums. Die Brüsseler Kommission und die europäischen Schwesterparteien der großen irischen Parteien beließen es nicht nur bei verbaler Unterstützung des Lissabon-Vertrags, sie finanzierten die Ja-Kampagne massiv. Zusammen mit der Finanzierung des „Ja“ durch Privatunternehmen wie Intel und Ryanair entstand so ein massiver Druck auf die Bevölkerung. „Die Iren stimmten mit der Pistole an der Schläfe ab“, kommentierte die konservative polnische Zeitung „Rzeczpospolita“ treffend.

Risikofaktor Tschechien

Nun muss der Lissabon-Vertrag noch in zwei weiteren Staaten ratifiziert werden. Was oberflächlich wie ein großer Erfolg aussieht, birgt jedoch immer noch jede Menge Risiken in sich. Der polnische Staatspräsident kündigte zwar an, den Vertrag zu ratifizieren, nachdem Irland zugestimmt hat, aber der tschechische Präsident Vaclav Klaus möchte mit seiner Unterschrift warten, bis der tschechische oberste Gerichtshof über eine zweite Klage von tschechischen Senatsabgeordneten, die am 29. September eingereicht wurde, entschieden hat. Dadurch könnte sich die tschechische Unterschrift bis ins Jahr 2010 verzögern. Im Frühjahr nächsten Jahres wiederum finden in Großbritannien Wahlen statt. Die britischen Konservativen kündigen bereits jetzt an, dass sie ein Referendum durchführen und

gegebenenfalls die britische Unterschrift zurückziehen würden, wenn der Lissabon-Vertrag im nächsten Jahr noch nicht abschließend ratifiziert ist. Solange noch nicht alle Unterschriften hinterlegt und der Vertrag damit gültig ist, kann ein Land jederzeit seine Unterschrift wieder zurücknehmen.

Leere Versprechungen

Die irische Regierung hatte im Juni diesen Jahres eine Reihe von „Garantien“ mit der Europäischen Union ausgehandelt, die die Bedenken in der irischen Bevölkerung zerstreuen sollten. So soll Irland auch in einer verkleinerten Kommission einen Kommissar stellen dürfen, die irische Neutralität und Steuer- sowie Abtreibungsgesetzgebung sollen geachtet werden. Bei der Abtreibungsfrage ging es vor allem um die Befriedung der katholischen Kirche Irlands. Doch Analysen der Motivation des Nein-Lagers beim letzten Referendum kamen klar zum Ergebnis, dass das Nein vor allem bei jungen Menschen und bei Frauen favorisiert wurde. Beide Gruppen sprechen sich mehrheitlich für liberalere Abtreibungsgesetze aus. Wichtiger ist die Frage der Neutralität, da die NATO-Gegnerschaft in der Bevölkerung weit verbreitet ist und eine militarisierte Europäische Union wenige Freunde in Irland hat. Auch Fragen der Privatisierung, der Arbeiterrechte, der Gesundheitsversorgung und der Regulierung der Landwirtschaft spielten eine wichtige Rolle bei der Ablehnung. Nur einem Teil dieser Bedenken wurde in den verhandelten „Garantien“ überhaupt Rechnung getragen. Doch auch sie sollen nicht Teil des Vertragstextes des Lissabon-Vertrags werden. Damit sind sie nicht verbindlich und haben den Charakter bloßer Absichtserklärungen.

Verfasste Militarisierung

Der irische Regierungschef Brian Cowen erklärte nach dem Referendum „Heute ist ein guter Tag für Irland und ein guter Tag für Europa.“ Ganz Europa kann er damit nicht gemeint haben, denn besonders für die ärmeren Teile der Bevölkerung ist bei einer, durch den Lissabon-Vertrag gestärkten neoliberalen EU-Wirtschaftspolitik, mit einer weiteren Verschlechterung ihrer

rechtlichen und ökonomischen Situation zu rechnen. Besonders freuen über den Ausgang des Referendums dürften sich jedoch die europäischen Militärs und Rüstungslobbyisten. Der Lissabon-Vertrag macht die EU endgültig zu einem Militärblock. Dazu trägt nicht zuletzt die Solidaritätsklausel (Titel VII, Art. 222) bei, die festlegt, dass die Union im Kriegs- und Krisenfall „alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel (mobilisiert), einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel“. Durch die Einführung eines europäischen Außenministers (Hoher Repräsentant) mit einem eigenen diplomatischen Corps wird die EU wahrscheinlich wirklich handlungsfähiger in der Außenpolitik, da sie aber gleichzeitig nicht demokratischer wird (das Parlament wird nur „informiert“), ist damit zu rechnen, dass es vor allem darum geht, schneller Kriege beginnen und durchführen zu können.

Dazu wird auch der neu eingerichtete Anschlagfonds (Art. 41,3) beitragen, eine Art „schwarzer Kriegskasse“, in die die Mitglieder einzahlen, um jederzeit mit einer militärischen Mission beginnen zu können. Darüber hinaus soll sich die militärische Außenpolitik aber künftig auch aus dem allgemeinen EU-Haushalt bedienen können, indem Regelungen erlassen werden, die „den schnellen Zugriff auf die Haushaltsmittel der Union zu gewährleisten“. Das war unter den bisher gültigen Nizza-Gesetzen nicht möglich. Profitieren wird von diesem Zugriff auf EU-Finzen auch die Rüstungsagentur, die nun Verfassungsrang erhält und nicht nur die EU-Aufrüstung koordiniert, sondern auch die EU-Rüstungsproduktion und Rüstungsforschung stärken soll. Ebenfalls neu ist die Möglichkeit ein militärisches Kerneuropa im Rahmen der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ) zu etablieren. Mitgliedstaaten, die im Militärbereich besonders hohe Zielvorgaben für Rüstungsausgaben und die Bereitstellung von Truppen erfüllen, können sich zur SSZ zusammenschließen. Im Gegensatz zu anderen Bereichen der Außenpolitik wird hier nicht einstimmig, sondern mit qualifizierter Mehrheit entschieden. So wird strukturell die Wahrscheinlichkeit für EU-Kriegeinsätze noch höher als sie es bereits ist, verstärkt wird dies dadurch, dass der Lissabon-Vertrag auch den Katalog der Militäreinsätze, die in Frage kommen, noch deutlich über die so genannten Petersbergaufgaben hinaus erweitert hat (Art. 43,1). Das „Ja“ im irischen Referendum war somit sicher kein schöner Tag für die Idee eines friedlichen Europa.

Eskalation Made in Germany

Wahlen und Krieg in Afghanistan

von Claudia Haydt

Ende 2009 jährt sich der Beginn der jüngsten Runde von Krieg und Besetzung in Afghanistan zum achten Mal. Das Land ist weiter weg von Frieden, Demokratie und Wohlstand als noch zu Beginn der westlichen Invasion in das Land am Hindukusch im November 2001. Die Wahlen am 20. August haben dem Land eine massive Zunahme an Gewalt gebracht, eine Zunahme an Demokratie wollen selbst die optimistischsten Beobachter nicht bestätigen. Gleichzeitig sind zwischenzeitlich beinahe hundertundzehntausend ausländische Soldaten in Afghanistan stationiert.

Gut 70.000 US-Soldaten und knapp 40.000 Besatzer aus weiteren NATO- und Nicht-NATO-Staaten, insgesamt 40 Länder, kämpfen zusammen gegen die verschiedenen oppositionellen militanten Kräfte, die in jedem Fall ein deutlich breiteres Spektrum umfassen, als der Sammelbegriff „Taliban“ vermuten lässt. Deswegen beschreibt die NATO in ihren internen Einschätzungen diesen Widerstand auch relativ neutral als „Opposing Militant Forces“, also als oppositionelle militante Kräfte. Die Bezeichnung „Taliban“ wird allein für die Öffentlichkeitsarbeit benutzt. Die meisten internationalen Soldaten werden im Kontext der Schutztruppe ISAF eingesetzt und sind in ihrer realen Militärpolitik schon lange nicht mehr von den Aktionen der „Anti-Terror-Mission“ Enduring Freedom zu unterscheiden. Beide versuchen durch Militärschläge die Lage in Afghanistan zu stabilisieren, schaffen es jedoch nur, mit immer mehr Soldaten immer neuen Hass und neuen Widerstand zu hervorzurufen. Die Besatzer sind damit der zentrale Unsicherheitsfaktor in Afghanistan.

Strategische Schwachstelle Transport

Immer mehr Soldaten stellen die Militärs vor immer größere Versorgungsprobleme. Neben dem Transport von militärischem Gerät und Munition ist die Versorgung mit Nahrungsmitteln und vor allem jedoch Treibstoff für 110.000 Menschen und zahllose Fahrzeuge eine immer größere Her-

auforderung. Der Nachschub über den Landweg durch Pakistan ist wegen der großen Unruhen vor allem im Grenzgebiet immer weniger praktikabel. Dadurch wird der Transport des Nachschubs auf dem Landweg über russisches Territorium und dann durch die zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken immer relevanter. Ebenso steigt die Bedeutung des deutschen Luftwaffenstützpunktes Termez in Usbekistan. Diese Transportrouten über den Norden sind von wesentlich größerer Bedeutung, als dies öffentlich wahrgenommen wird. „Das Magazin der Bundeswehr Y“ berichtete in seiner Augustausgabe stolz, dass die Bundeswehr in der Zwischenzeit die Hälfte des Transportes für die gesamte ISAF abwickelt. Dies wird unter anderem durch die monatliche Bereitstellung von 325 Flugstunden für den strategischen Transport innerhalb Afghanistans durch die Luftwaffe abgewickelt, wie eine Anfrage der linken Bundestagsabgeordneten Inge Höger zutage brachte. Wenn man die zentrale Bedeutung des Transportes durch den Norden Afghanistans, besonders die neue Route von Kunduz nach Kabul, für die Aufrechterhaltung der Besetzung berücksichtigt, dann ist es nicht überraschend, warum sich in den letzten Monaten auch der Widerstand in Afghanistan immer mehr in den Norden verlagert hat.

Neue Einsatzregeln erleichtern den Krieg

Um in diesem militärisch schwierigeren Umfeld handlungsfähig zu werden – was für Militärs bedeutet, möglichst ungehindert schießen und töten zu können –, wurde nun die Bundeswehr einerseits massiv aufgerüstet, sowohl mit mehr geschützten Fahrzeugen als auch mit schwereren Waffen. Pikanterweise wird die neue Ausrüstung teilweise über das Konjunkturpaket 2 finanziert. Andererseits wurden die Einsatzregeln, die so genannten „Rules of Engagement“, dahin gehend verändert, dass Bundeswehrsoldaten nun noch offensiver agieren können. Deutsche Soldaten hatten

bis jetzt die Weisung, dass sie für den Fall, dass sie bei einer Patrouille in einen Hinterhalt geraten, versuchen sollten, durchzustößen und möglichst schnell das Weite zu suchen. Nun soll sich die Bundeswehr „dem Kampf stellen“.

Wurde bisher in der Regel nur geschossen, wenn Soldaten angegriffen wurden oder wenigsten vermuteten, sie würden angegriffen, so sollen sie nun auch fliehende Gegner verfolgen, um sie von zukünftigen Angriffen abzuhalten – möglichst dauerhaft. In der so genannten Taschenkarte für die Bundeswehrsoldaten, in denen die wesentlichen Einsatzregeln festgehalten sind, werden alle als militärisches Ziel definiert, bei denen „nicht ausgeschlossen werden kann“, dass sie einen Angriff „fortsetzen oder wieder aufnehmen“ könnten. Damit werden alle Menschen, die das Pech haben, sich in einem mehr oder weniger großen Umkreis um einen Angriff auf die Bundeswehr aufzuhalten, zum Freiwild erklärt, möglicherweise auch noch Stunden oder Tage nach dem Gefecht, da eben „nicht ausgeschlossen werden kann“, dass sie „feindseliges Verhalten zeigen“ werden.

War bisher schon die Gefahr, dass Unbeteiligte getötet oder verletzt werden, recht hoch, erinnert sei hier an die Toten an Straßensperren, so ist nun die Wahrscheinlichkeit von unbeteiligten Opfern um ein Vielfaches höher. Entsprechend wird diese neue Befehlslage die Opferzahlen nach oben treiben, genauso wie daraus resultierendes Leid. Der Widerstand in Afghanistan wird so nicht geschwächt sondern gestärkt, wie selbst der NATO Oberbefehlshaber McChrystal jüngst feststellte.

Das Mandat der Bundeswehr für den Einsatz in Afghanistan wurde zuletzt im Oktober 2008 von einer breiten Mehrheit im Bundestag verlängert und auf bis zu 4.500 Soldaten aufgestockt. Im September 2009 waren davon etwa 4.300 Bundeswehrsoldaten in Afghanistan im Einsatz. Damit ist das Mandat nahezu völlig ausgeschöpft, was militärpolitisch heikel ist, da unter diesen Umständen in Notfällen kaum noch Manövriermasse für Entsendung zusätzlicher Kräfte besteht. Zum Vergleich: Im Kosovo sind etwa 2.000 Soldaten im Einsatz, es könnten aber bis zur Mandatsobergrenze von 3.500 Soldaten noch zahlreiche weitere Soldaten entsandt werden – ohne den Bundestag noch einmal damit zu befassen. Dass im Falle Afghanistans diese Form der militärpolitischen Blankoschecks

In Kürze steht die Verlängerung des Afghanistan-Mandates der Bundeswehr an. Trotz der dramatischen Eskalation soll dieses verlängert werden. Auf vielfachen Wunsch haben wir deshalb auf den Seiten in der Mitte des Heftes die wichtigsten Daten und Fakten zum westlichen Kriegseinsatz in Afghanistan zusammengetragen.



Wahlzettel in Afghanistan, Foto: ISAF

nicht funktioniert, liegt daran, dass bisher sowohl SPD – als auch CDU/CSU–Politiker befürchteten, dass die aus militärischer Sicht notwendige Obergrenze von 6.000 bis 7.000 Soldaten der deutschen Öffentlichkeit nicht vermittelbar wäre und zudem das Märchen von der „erfolgreichen Mission“ endgültig nicht mehr glaubwürdig wäre. Aufgrund dieser innenpolitischen Rahmenbedingungen versuchte das Verteidigungsministerium nun wenigstens kurzfristig, durch möglichst viele Soldaten die Präsidentschaftswahlen in Kabul und den langen Auszählungsprozess denkbar umfassend abzusichern. Dass dies nicht unbedingt eine gelungene Strategie ist, die Wahlen als glaubwürdig erscheinen zu lassen, scheint der Bundeswehrführung zwischenzeitlich auch zu dämmern. Bundeswehrsoldaten sollten deswegen während der Wahlen nur „in der dritten Reihe“ zu sehen sein, also hinter zivilen Wahlhelfern und afghanischen Sicherheitskräften. Doch diese kosmetische Verdeckung der realen Machtsituation überzeugte die Menschen in Afghanistan kaum.

Akzeptanz der Besetzung durch Wahlen?

Parallel zum Präsidentschaftswahlkampf fand in Afghanistan auch eine der nicht nur im Westen so beliebten Castingshows im Stil von „Ich kann Kanzler“ statt. Im Gegensatz zu den realen Präsidentschaftswahlen stand bei dieser Show nicht von

Anfang an fest, wer ohnehin chancenlos ist und die Kandidaten (plus eine Kandidatin) mussten ihr Publikum tatsächlich mit Kompetenz und Engagement überzeugen. Die Zuschauer hatten tatsächlich eine „Wahl“. Der Kontrast zwischen TV-Talentshow und Karsai-Wahlen führte den Inszenierungscharakter der letzteren überdeutlich vor Augen. Obwohl Hamid Karsai Gegenkandidaten hatte, war darunter außer seinem ehemaligen Außenminister Abdullah Abdullah kein aussichtsreicher Bewerber. Durch Drohungen und Versprechungen wurden alle anderen, die eine reale Chance gehabt hätten, Karsai herauszufordern, von einer Kandidatur abgehalten. Die Wahlen selbst wurden zwar abgehalten, aber es sind dabei so viele Unregelmäßigkeiten aufgetreten, dass weder von freien noch von fairen Wahlen die Rede sein konnte. Die Wahlbeteiligung sank nicht nur wegen der steigenden Gewalt, sondern vor allem wegen der Enttäuschung über die Wahlfarce von über 70 Prozent vor fünf Jahren auf nun unter 40 Prozent. Eventuell lag die Wahlbeteiligung auch nur bei 30 Prozent; so genau weiß das niemand. Selbst die Zahl der „registrierten“ WählerInnen schwankt zwischen 15 und 17 Millionen. Viele Wahlbeobachter verbrachten den Wahltag in Bunkern der Armee. Das hielt die EU-Wahlbeobachtungsmission jedoch nicht davon ab, die Wahl als „Erfolg“ zu bezeichnen. 220 Millionen Dollar, über-

wiegend aus EU-Staaten, wurden in die Wahlen investiert. Nun kann die Bedeutung von Demokratie ganz sicher nicht daran fest gemacht werden, wie teuer sie ist, es stellt sich dennoch die Frage, ob hier nur ein Schauspiel finanziert wurde oder ob „Demokratie“ auch mit Inhalt gefüllt wird. Die Elections Complaints Commission (ECC), die die Beschwerden über den Verlauf der Wahlen sammelte, ist jedenfalls sehr skeptisch, was die Fairness und Korrektheit des Wahlvorgangs angeht. Das ECC geht davon aus, dass die Ergebnisse in über 3.000 Wahlbüro zweifelhaft sind, weil mehr als hundert Prozent der Wahlberechtigten wählten oder fast alle Stimmen für einen Kandidaten abgegeben wurden. Dazu kamen weitere Beschwerden, wie diejenige, dass die angeblich nicht abwaschbare Tinte zur Markierung der WählerInnen, die ihre Stimme abgegeben hatten, sich ziemlich gut entfernen ließ. Wahlurnen wurden mit vorbereiteten Stimmzetteln aufgefüllt, Wahlausweise wurden zu Dutzenden auf den Märkten verkauft, Minderjährige haben abgestimmt und viele Männer warfen für (vorhandene oder erfundene) Frauen zahlreiche Wahlzettel in die Urnen. Unter solchen Bedingungen nicht von einer Farce zu reden, fällt sehr schwer.

Dass es nun doch trotz aller Manipulationen unklar ist, ob Karsai wirklich die absolute Mehrheit erreicht hat, ist für die Besatzer vor allem ein Sicherheitsproblem,

sie befürchten Ausschreitungen und weitere Gewaltwellen, wenn es im Oktober zu einem zweiten Wahlgang kommt. Sie drängen deswegen hinter den Kulissen massiv auf eine „Einigung“ der beiden Rivalen über eine interne Machtverteilung. Für viele Afghanen ist die Frage, ob nun Abdullah oder Karsai gewinnen wird, lediglich die Frage, wer die neue „Marionette des Westens“ sein wird. Insgesamt zeigt der Verlauf der Wahlen vor allem eines, dass Demokratie unter Bedingungen von Besatzung und Krieg nicht funktionieren kann.

Kein Sieg und kein Friede in Sicht

Militärisch sind die Aktionen der Bundeswehr, wie die ihrer Verbündeten, wenig nachhaltig. Im Juli führte die Bundeswehr die Operation Adler durch, mit der sie feindliche Kräfte in der Region Chahar Darreh aus ihren Stellungen vertrieb – was auch gelang, wenn auch nur in einem sehr engen Umkreis. Wenige Tage nach Abzug der Bundeswehr zogen ihre Gegner jedoch wieder in ihren alten Stellungen ein. Vergleichbares findet beinahe jedes Mal statt, wenn Unruheregionen „befriedet“ werden. Zuerst übernehmen regierungsfeindliche Kräfte Dörfer, Stellungen oder Polizeiposten. Dann werden sie dort unter zahlreichen afghanischen Opfern (auf Seiten des Widerstands, der Armee und der Zivilbevölkerung) wieder vertrieben. Die NATO zieht ab und das Ganze beginnt wieder von vorne. Insgesamt deutet nichts darauf hin, dass das erklärte ursprüngliche Ziel des Afghanistankrieges, Bekämpfung von Terrorzellen in Afghanistan, um so weltweit „Sicherheit“ zu erreichen, auch nur annähernd erreicht wurde – einmal abgesehen davon, dass geostrategische Erwägungen wohl wesentlich ausschlaggebender für den Kriegseinstieg der USA und ihrer Verbündeten waren. Die später zusätzlich angeführten Begründungen für Krieg und Besatzung, wie Frauenbefreiung und Demokratisierung, sind ebenfalls weit weg von ihrer Realisierung. Jenseits der größeren Städte hat sich die Situation der Frauen kaum geändert. In einem Bericht von Amnesty International zur Lage der Frauen wird ein internationaler Helfer zitiert, der für den Fortschritt der Lage der Frauen unter westlicher Besatzung folgendes bittere Fazit zieht:

„Wenn eine Frau zur Zeit des Taliban-Regimes auf den Markt ging und auch nur einen Streifen Haut zeigte, wurde sie ausgepeitscht – heute wird sie vergewaltigt.“ Das World Food Programme geht davon aus, dass

in manchen Gebieten wegen der schlechten Sicherheitslage nur ein bis zwei Prozent der Mädchen eine Schule besuchen. Die Versorgung des Landes mit Gesundheitsdienstleistungen und Bildungsangeboten ist insgesamt mehr als dürftig, aber selbst dort, wo es sie gibt und wo die Sicherheitslage einen Besuch ermöglicht, können sich viele Menschen aufgrund der katastrophalen ökonomischen Situation weder Gesundheit noch Bildung leisten. Die mit westlicher Hilfe etablierte neoliberale Wirtschaftsverfassung Afghanistans hat dafür gesorgt, dass früher bereits wohlhabende Schichten reich werden konnten und die große Mehrheit in Afghanistan, die armen Bevölkerungsteile, noch schlechter als zu Zeiten der Taliban über die Runden kommen. Die Welthungerhilfe wies darauf hin, dass sich die Preise für Grundnahrungsmittel seit 2007 verdreifacht haben. Gleichzeitig verfügen 50 bis 70 Prozent der erwerbsfähigen Afghanen über kein geregeltes Einkommen. Unter solchen Umständen ist es kaum verwunderlich, dass diejenigen, die die Profiteure der Besatzung, die Regierung und ihren Apparat ideologisch anprangern und in einigen Fällen auch militärisch angreifen, immer mehr Zulauf haben.

Raus aus der Sackgasse!

Der Widerstand und die Opferzahlen in Afghanistan nehmen immer mehr zu. Bereits 2008 nahm laut Angaben der UNAMA die Zahl der zivilen Opfer um 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu. Bisher liegen die Opferzahlen im Jahr 2009 nochmals 24 Prozent über den Zahlen von 2008. Für die zivilen Opfer sind sowohl der militärische Widerstand als auch die Besatzer und die afghanischen Sicherheitskräfte verantwortlich. Speziell die Luftnahunterstützung, die von Bodentruppen angefordert wird, wenn sie in unübersichtlichen Situationen geraten, sorgt mit ihren Luftbombardements für besonders große Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung.

Auch Bundeswehrsoldaten fordern bei ihren Verbündeten immer wieder Luftnahunterstützung an. Diese Unterstützung durch Luftbombardements hat die Bundeswehr deutlich häufiger angefordert, seit sie im letzten Frühsommer die QRF, die schnelle Eingreifreserve, im Norden übernommen hat. 2008 forderte sie zweimal so viele Bomber an, wie in den gesamten drei Jahren zuvor. Ein Eskalationsschritt löst so unweigerlich weitere Eskalationen aus. Auch die Opferzahlen unter den alliierten Soldaten nehmen immer mehr zu. Im Juli starben mit 76 (im August 77) in einem Monat mehr als jemals zuvor seit 2001 und doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum im Irak.

Die Kriegsrhetorik erinnert immer mehr an die Ereignisse in den letzten Vietnamkriegsjahren, wo die unweigerliche Niederlage durch immer mehr Soldaten und immer höhere Militärausgaben hinausgezögert wurde. Niemand in der Bundesregierung und in der NATO hat ein auch nur halbwegs plausibles Szenario, wann und wie sie die Besatzung Afghanistans beenden wollen. Verteidigungsminister Jung erklärte Anfang August in der Berliner Zeitung, dass die Besatzung noch zehn Jahre dauern könnte und intern bezeichnet das Verteidigungsministerium die Besatzung bereits als „Generationenaufgabe“ und meint damit 20 bis 30 Jahre. Das klingt nicht nach einem Konzept, sondern nach Kapitulation vor den Problemen, die die Besatzung des gebirgigen Landes mit sich bringt. Um diese Kapitulation aber nicht politisch eingestehen und dann auch verantworten zu müssen, wird die „Lösung“ um Jahrzehnte verschoben. Aus einer Sackgasse führt jedoch nur ein Weg. Den findet man, wenn man sich umdreht und eingesteht, dass die Richtung falsch war. Zu diesem Schritt sind aber weder die Bundesregierung noch die NATO-Führung zurzeit in der Lage, da sie bei einem Eingeständnis der Niederlage um ihr politisches Überleben fürchten. So

liegt es an der kritischen Bevölkerung in Deutschland und in anderen NATO-Staaten, überzeugenden und unübersehbaren Widerstand gegen Krieg und Besatzung zu organisieren. Der politische Preis für den Verbleib in Afghanistan muss für die NATO-Kriegspolitiker deutlich steigen. Die politische Aufgabe ist es, die Anti-Kriegsmehrheit, die in Umfragen immer wieder zum Vorschein kommt, endlich in wirksamen Antikriegsprotest zu verwandeln.



Auszählung von Stimmen in einem afghanischen Dorf. Foto: ISAF

Schweinegrippe in Afghanistan

von Christoph Marischka

Zur Ausbreitung der Schweinegrippe meldete FOCUS online am 25.8.2009: „Auch deutsche Soldaten in Afghanistan sind betroffen. Deswegen schränkte die Bundeswehr ihre Afghanistan-Flüge für Zivilisten stark ein... Das betreffe vor allem Reisen von Journalisten mit der Bundeswehr.“¹ Auch wenn es der Regierung angesichts des zunehmend eskalierenden und zunehmend unpopulären Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan sicherlich recht sein dürfte, dass in Zeiten des Wahlkampfes noch weniger Berichterstattung aus dem Kriegsgelände stattfindet, schließt die Bundeswehr jedoch einen Zusammenhang mit der anstehenden Bundestagswahl aus. Dieser Entschluss habe rein medizinische Gründe. Eine Reduzierung oder gar ein Abzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan wird jedoch freilich nicht in Erwägung gezogen. Sicherlich aber kann der Transport von Zivilisten mittlerweile eingeschränkt werden, denn Brunnen und Schulen bauen die Bundeswehr und die mit ihr in so genannten „Regionalen Wiederaufbau-teams“ zusammengefassten Organisationen ohnehin schon lange nicht mehr. Selbst in der unmittelbaren Umgebung der Bundeswehrlager ist schon seit Monaten niemand mehr sicher, weder die Soldaten selbst in ihren Schützenpanzern, noch Zivilisten, die sich nicht klar vom ISAF-Einsatz abgrenzen. Vor dem Hintergrund, dass die Bundeswehr regelmäßig nur wenige Kilometer vom eigenen Camp entfernt etwa bei Kundus in Gefechte verwickelt wird, erscheint auch die Operation Adler Ende Juli weniger als groß angelegte Offensive, denn als Befreiungsschlag. Es sollte lediglich das unmittelbare Umfeld des Bundeswehrlagers in Kundus in einem Radius von wenigen Kilometern gesichert werden. Ein Befreiungsschlag, der noch dazu scheiterte. Nach wenigen Tagen zogen die Taliban wieder in die Dörfer ein und errichteten Straßensperren an wichtigen Kreuzungen in der Region.² Zivilisten kann man in einem solchen Umfeld sicherlich nicht gebrauchen.

Trotzdem mögen die Befürchtungen der Bundeswehr, mit ihren Auslandseinsätzen zur Verbreitung der Schweinegrippe beizutragen, durchaus real und auch objektiv sein. Nach einem Bericht der WHO über das Auftreten des H1N1-Erregers in der östlichen Mittelmeerregion (zu der die

WHO Afghanistan zählt) wurden von den bis zum 26. Juli in der gesamten Region erfassten 1028 Fällen von Schweinegrippe 74,5% durch Reisende importiert und nur 25,5% vor Ort infiziert.³ Nach einem Situationsbericht der WHO vom 22.08.09 wurden für Afghanistan insgesamt nur 32 bestätigte Fälle von Infektionen mit H1N1 registriert.⁴ Am Wochenende zuvor seien jedoch nach dem Bericht von FOCUS online 25 Fälle alleine im Bundeswehrlager Mazar-i-Sharif aufgetreten. Gegenüber Merkur-Online hatte die Bundeswehr kurz zuvor im Zusammenhang mit einem in Murnau stationierten Soldaten, der sich im Spanien-Urlaub infiziert hatte, eingeräumt, in Massenunterkünften wie Kasernen, könnten sich Viren grundsätzlich schneller ausbreiten.⁵

Auch historisch gibt es zahlreiche Beispiele dafür, wie Kriege und militärische Besatzungen und die mit ihnen verbundene Logistik zur Verbreitung von Pandemien beitragen. So berichtet Mike Davis in seinem Buch „Vogelgrippe“ (Assoziation A, 2005) von einem ersten Ausbruch des Erregers, der später als Spanische Grippe Millionen Menschen umbrachte, im Winter 1916/1917 in einem britischen Feldlager im französischen Etaples. Nach Indien, wo ihr alleine bis zu 20 Mio. Menschen zum Opfer gefallen sein sollen, gelangte sie zunächst durch einen britischen Truppentransport. Auch in den Iran, wo zwischen 8% und 22% der Bevölkerung der Spanischen Grippe und ihren Begleiterscheinungen erlegen sein sollen, „trampfte die Pandemie über die militärische Versorgungsroute von Bombay zu den britischen Besatzungstruppen“. Im September 1957 wurde die Asiatische Grippe (H2N2) hingegen durch US-Soldaten aus Vietnam nach Kalifornien gebracht und soll daraufhin etwa 34.000 US-Amerikaner getötet haben.

So vorsichtig solche Rekonstruktionen und Prognosen über die Verbreitung von Krankheitserregern stets zu behandeln sind, stehen zweierlei Dinge fest: Erstens wurden besonders im Zuge des Kolonialismus durch von Soldaten und Kaufleute eingeschleppte Erreger ganze Stämme und Völker vernichtet. Die Briten führten dies auf dem Höhepunkt ihrer kolonialen Arroganz gar auf göttliche Fügung zurück. So schrieb der britische Siedler Daniel Denton in seiner „Brief Description of New York“

1670: „Wo immer die Engländer sich niederlassen, bereitet ihnen eine göttliche Hand den Weg, sei es durch Abzug der Indianer, sei es durch eine Dezimierung der Ureinwohner aufgrund von Kriegen untereinander oder infolge grassierender Krankheiten“ (zit. nach: Sven Lindqvist: *Durch das Herz der Finsternis*, UT, 2002). Zweitens waren es selten diese Erreger alleine, welche die Menschen umbrachten, sondern andere, alltägliche Krankheiten, die bei Unterernährung, schlechten hygienischen und allgemeinen Lebensbedingungen in Verbindung mit diesen tödlich wirkten. Die Mortalität hing stets von den sozioökonomischen Bedingungen in den verschiedenen Schichten, Klassen und Ländern ab. Die Spanische Grippe konnte auch nur deshalb in diesem Ausmaß wüten, da die Produktion der Weltmächte auf die Kolonial- und Kriegswirtschaft ausgerichtet war, die Menschen unter den Kriegssteuern litten und Hunger und andere Krankheiten deshalb weit verbreitet waren. Vor diesem Hintergrund ist durchaus denkbar, dass die neue Schweinegrippe, auch wenn sie im globalen Norden kaum bemerkbar bleibt, in Afghanistan katastrophale Folgen haben könnte: Afghanistan gilt als eines der unterentwickeltesten Länder der Erde, 68% der Bevölkerung haben keinen ausreichenden Zugang zu sauberem Wasser, 45% haben Probleme bei der täglichen Versorgung mit Nahrungsmitteln und die Hälfte aller Kinder unter fünf Jahren leidet an Untergewicht. Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung existiert nicht und erst recht keine (zivile), der die ganze Bevölkerung ihr Vertrauen schenken würde. Anfang 2008 warnten zahlreiche Organisationen und die WHO vor einer Hungerkatastrophe in Afghanistan aufgrund der gestiegenen Nahrungsmittelpreise.⁶ Besonders gefährdet sind auch die zentralasiatischen Staaten, über die ein Großteil der westlichen Kriegslogistik verläuft. Auch dort gibt es weit verbreitete Armut und eine Verbreitung der Schweinegrippe ist dort umso wahrscheinlicher, als viele Zivilisten in den Transport der Militärgüter eingebunden sind.

Anmerkungen

¹ http://www.focus.de/gesundheit/gesundheits-news/schweinegrippe-zahl-der-erkrankungen-in-deutschland-auf-14561-gestiegen_aid_429549.html

² <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,639710,00.html>

³ http://www.emro.who.int/csr/h1n1/pdf/sitrep_5.pdf

⁴ <http://www.emro.who.int/csr/h1n1/>

⁵ <http://www.merkur-online.de/lokales/nachrichten/schweinegrippe-bundeswehr-ruest-sich-notfall-450957.html>

⁶ <http://www.imi-online.de/2008.php3?id=1816>

Die Rattenfänger von Balingen

Wie die Bundeswehr mit Musik neuen Nachwuchs sucht

von Michael Schulze von Glasfer

„Musix and More“ – mit diesem „fetzig“ Untertitel wirbt die Bundeswehr für ihren vierten bundesweiten Orchesterwettbewerb „Bw-Musix 2009“. Für die „Musix“ sollen dabei die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer sorgen. Für das „More“ sorgt die Bundeswehr selbst – es besteht aus dem Versuch, die Jugendlichen für den Militärdienst anzuwerben.

Rund 850 Jugendliche zwischen 14 und 24 Jahren nahmen an den ersten „Bw-Musix“ im Jahr 2003 in der Luitpold-Kaserne in Dillingen an der Donau teil¹ – mit knapp 1.000 Teilnehmern hatte die Bundeswehr gerechnet.² 34 Schülerbands, 9 Disc-Jockeys und 11 Jugendblasorchester waren bei dem „grandiosen Musikwochenende“ dabei, berichtet die Bundeswehr-Zeitung „aktuell“.³ In der Jury saßen Moderatoren zweier großer Musikfernseher und neben dem Wettbewerb wurde ordentlich gefeiert: „Dank einer Schaltung von Radio Andernach [dem Radiosender der Bundeswehr] wurde die Party live sogar in die Einsatzgebiete nach Bosnien-Herzegowina, in das Kosovo und nach Afghanistan übertragen“, erfreuten sich die Militärs.⁴ Die Gewinner erwarteten CD-Produktionen, Live-Auftritte sowie Ausstattung- und Instrumentengutscheine.⁵ Im Rahmen des „Deutschen Musikfestes“ fanden 2007 in Würzburg die zweiten „Bw-Musix“ statt – diesmal jedoch ohne moderne Klänge von DJs und Schülerbands.⁶ In Würzburg

nahmen 12 Jugendblasorchester an dem Militärspektakel teil. Die Ankündigung den Wettbewerb von nun an jährlich durchzuführen machten die Militärs wahr. Schon im November 2008 spielten 1.300 Jugendliche und auch Kinder bei den „Bw-Musix“ in Friedrichshafen auf. Die 22 Orchester spielten im Rahmen der internationalen Musik-Expo „MyMusic“⁷ auf der Bundeswehr-Veranstaltung.⁸ Es winkten Preise im Gesamtwert von 12.000 Euro.⁹ Auch 2009 sollen die „Bw-Musix“ wieder stattfinden.¹⁰ Vom 27. bis 29. November wird die Kreisstadt Balingen in Baden-Württemberg der Armee ein Forum bieten.¹¹

Beworben werden die Musikevents u.a. im kostenlosen Bundeswehr-Jugendmagazin „infopost“, das mit einem ganzseitigen Artikel zur Teilnahme an den ersten „Bundeswehr-Musix“ aufforderte¹² und auch eine Nachberichterstattung¹³ bot. Zumindest die ersten „Bw-Musix“ im Jahr 2003 wurden mit einer eigenen – heute nicht mehr verfügbaren – Website¹⁴ beworben. Auf der Internetseite konnten sich die Jugendlichen für das Ereignis anmelden und sich informieren. Auch eine „Fun & Download“-Rubrik war auf der Internetpräsenz zu finden. Die wöchentlich erscheinende Bundeswehr-Zeitung „aktuell“ widmet sich jeder der Musik-Veranstaltungen und bewirbt das Event. Ausführliche Berichte über die „Bw-Musix“ finden sich auf vielen offiziellen Armee-Websites, besonders natürlich auf der des Militärmusikdien-

stes.¹⁵ Auch mit Werbung auf zivilen Internetauftritten versucht es die Bundeswehr, um vor allem Musiker aus der Region rund um den Veranstaltungsort anzusprechen – das kann, wie im Falle der Stadt Balingen, aber auch zu Protesten führen.

In Balingen tobt ein handfester Streit über den Sinn des Militärmusik-Spektakels. Zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer der städtischen Jugendmusikschule protestierten im Frühjahr in einem gemeinsamen Brief¹⁶ an die Stadt, als das Logo der Bundeswehr-Veranstaltung samt Informationsblättern, Anmeldebogen und Wettbewerbsordnung auf der Website der Balingener Musikschule prangte. „Wir befürchten, dass Jugendliche für den Militärdienst umworben werden“, erklärte dazu eine Balingener Musikschullehrerin, die den Protest mitorganisiert.¹⁷ Schon beim Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ habe die Bundeswehr um Minderjährige geworben.

Auch die Baden-Württembergische Fachgruppe Musik in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di nahm im Juli in einem Brief an den Balingener Oberbürgermeister Helmut Reitemann (CDU) und den Gemeinderat Stellung: „Werbeaktionen der Bundeswehr dürfen an Jugendmusikschulen, an denen Minderjährige, Kinder und Jugendliche unterrichtet werden, keinen Raum einnehmen“.¹⁸ Mittlerweile ist das „Bw-Musix“-Logo wieder von der Website der Jugendmusikschule verschwunden.¹⁹ Dafür prangt es jetzt – ebenso wie die Informationsblätter²⁰ und die anderen Formulare²¹ – auf der wohl noch öfter besuchten Website der Stadt Balingen.²² Die Stadt macht aber nicht nur Werbung für die Armee, sondern stellt für die „Bw-Musix 2009“ ein ganzes Messegelände sowie einen Proberaum zur Verfügung.²³ Im Vordergrund der Veranstaltung stehe „der Wettbewerb der Jugendblasorchester sowie eine Musikinstrumentenmesse“, teilte der konservative Oberbürgermeister Balingens mit.²⁴ Der Musikgerätehersteller Yamaha ist Kooperationspartner der Bundeswehr bei dem Event. „[G]ezielte Nachwuchswerbung“ werde es nicht geben und „[e]s wird auch niemand gezielt angesprochen“, so Reitemann.²⁵ In einem Anfang Juni erschienenen Artikel der Balingener Lokalzeitung „Schwarzwälder Bote“ hört sich dies vonseiten der Bundeswehr jedoch differenzierter an: „Bei Workshops, Konzerten und Ausstellungen in den gewerblichen Schulen könnten die Besucher ausgiebig schnuppern, stöbern und Instrumente ausprobieren. Dass die Bundeswehr dabei auch Nachwuchs gewinnen möchte, hält [Militärmusik-Dezernent] Langendorf für selbstverständlich. ‚Wir möchten uns als



Arbeitgeber präsentieren', verteidigt er die Idee, auch allgemeine Info-Stände aufzustellen".²⁶ Auch Stabsfeldwebel Dirk Freutel vom veranstaltenden „Zentrum für Nachwuchsgewinnung“ der Bundeswehr gab zu den „Bw-Musix 2009“ auf Nachfrage Auskunft. Ziel sei es, dass „sich die Vereine im Wettbewerb messen können und natürlich auch, dass wir [die Bundeswehr-Veranstalter] sehen, wo es geeignetes Potenzial für uns gibt“, das müsse man ganz klar sagen, betonte der Stabsfeldwebel.²⁷ Schon im Bericht über die „Bw-Musix 2008“ spricht die Armee ungewöhnlich offen über die Intention des Events: „Aus Sicht der Bundeswehr sind natürlich auch die Öffentlichkeits- und Nachwuchsarbeit Gründe für diesen Wettbewerb: ‚Wir wollen unaufdringlich mitteilen, dass die Bundeswehr berufliche Möglichkeiten in vielen Bereichen bietet – vor allem auch im Militärmusikdienst der Bundeswehr“ zitierte die Bundeswehr-Presseabteilung damals den Leiter des Militärmusikdienstes, Oberst Dr. Michael Schramm.²⁸ Ähnlich liest es sich im Jugendmagazin der Bundeswehr, der „infopost“, über die ersten Bw-Musix: „[N]icht zuletzt sollen die Jugendlichen in diesem musikalischen Rahmen die Möglichkeit bekommen, die Bundeswehr mit ihren Berufschancen für junge Leute kennen zu lernen und in den Dialog mit Soldaten zu treten.“²⁹

So kann es denn auch für die Kinder und Jugendlichen, die während der „Bw-Musix 2009“ in 22 Orchestern gegeneinander antreten, riskant werden, wenn sie sich auf die Bundeswehr einlassen: Junge Musiker, die in die Armee eintreten, müssen die gleiche militärische Grundausbildung durchlaufen wie alle anderen Soldaten und neben dem Instrument die Waffe in die Hand nehmen: „Kampfeinsätze haben die aber nicht“, beschwichtigt Stabsfeldwebel Freutel.³⁰ Meist werden die Nachwuchsmusiker in einem der 18 deutschen Musikkorps³¹ eingesetzt, die im Jahr 2009 über 1.300 Einsätze außerhalb militärischer Liegenschaften³² haben. Als Militärmusiker werden die jungen Menschen dann ihrerseits zur banalen Militarisation der Gesell-

schaft beitragen, beispielsweise öffentliche Militärriale unterstützen oder an Musikfesten teilnehmen. Auch in der BigBand der Bundeswehr könnte der musikalische Nachwuchs eingesetzt werden: „Mit ihren beliebten Bühnenshows und moderner Unterhaltungsmusik hat sie sich nicht nur in den Dienst der Öffentlichkeitsarbeit gestellt, sondern auch der Nachwuchsgewinnung gewidmet.“³³

Wie gut sich Musik für die Öffentlichkeitsarbeit eignet, weiß auch der Vizepräsident für Information und Kommunikation des deutschen Reservistenverbands, Michael Sauer. Im „Veranstaltungs- und Organisationshandbuch für den Tag der Reservisten 2008“ stellt er fest: „Musik geht unter Umgehung des Verstandes direkt ins Gemüt und schafft ein positives Klima für [...] Gespräche mit den Bürgern“.³⁴ Auch zur internen Truppenunterstützung würden die jungen Bundeswehrmusiker eingesetzt: Laut Stabsfeldwebel Freutel könne es dabei auch vorkommen, dass die Militärmusiker für Konzerte zur Truppenbetreuung ins gefährliche Ausland geschickt würden – auch nach Afghanistan.³⁵

Anmerkungen

¹ N. N.: Bw-Musix 2003, in: infopost Nr. 4/2003, Seite 3.

² N. N.: Let's meet and compete – Bundeswehr-Musix, in: infopost Nr. 3/2003, Seite 7.

³ Wilkens, Holger/Mettbach, Benjamin: Musikalisches Feuerwerk, in: aktuell – Zeitung für die Bundeswehr Nr. 38/2003, Seite 11.

⁴ Ebenda.

⁵ Siehe Fußnote 2.

⁶ Härtel, Klaus: Hohes Niveau in Würzburg, in: www.militaermusik.bundeswehr.de – letzter Zugriff am 22. September 2009.

⁷ N. N.: Bw-Musix'08 – Jugendblasorchesterwettbewerb, in: www.mymusic-expo.com – letzter Zugriff am 22. September 2009.

⁸ Schmidt, Sebastian: Den Ton getroffen, in: aktuell – Zeitung für die Bundeswehr Nr. 47/2008, Seite 12.

⁹ N. N.: Wettstreit um die schönsten Töne, in: infopost Nr. 3/2008, Seite 20.

¹⁰ Langendorf, Johannes M.: Bw-Musix 09, in: www.militaermusik.bundeswehr.de – letzter Zugriff am 22. September 2009.

¹¹ Ebenda.

¹² Siehe Fußnote 2.

¹³ Siehe Fußnote 1.

¹⁴ Damals war die Website, wie ein in der infopost Nr. 3/2003 auf Seite 7 abgebildeter Screenshot zeigt, unter www.bw-musix.de zu finden.

¹⁵ Website des Militärmusikdienstes: www.militaermusik.bundeswehr.de – letzter Zugriff am 22. Sep-

tember 2009.

¹⁶ Brief von Hansjörg Striebel, Silke Gustedt und insgesamt 12 Lehrkräften der Jugendmusikschule Balingen an den Balingen Oberbürgermeister Reitemann, Josef Lohmöller und die Gemeinderatsmitglieder: „Bw-Musix 2009, Kooperation der Stadt Balingen und der Jugendmusikschule mit der Bundeswehr“, Balingen den 19. Juni 2009.

¹⁷ Telefoninterview mit Silke Gustedt, Lehrerin an der Jugendmusikschule Balingen, Kassel/Bonn, August 2009.

¹⁸ Brief des Landesvorstands der Fachgruppe Musik in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Baden-Württemberg, Thomas G. Wagner (Vorsitzender) und Gerhard Manthey (Landesfachbereichsleiter) an den Balingen Oberbürgermeister Reitemann, Josef Lohmöller und die Gemeinderatsmitglieder: „Bw-Musix 2009, Kooperation der Stadt Balingen und der Jugendmusikschule mit der Bundeswehr“, Stuttgart den 7. Juli 2009.

¹⁹ Website der Jugendmusikschule Balingen: www2.balingen.de/jms/ – letzter Zugriff am 22. September 2009.

²⁰ Broschüre: Jugendblasorchesterwettbewerb – Bw-Musix 09, auch zu finden auf www.militaermusik.bundeswehr.de – letzter Zugriff am 22. September 2009.

²¹ Anmeldung zum 4. Jugendblasorchesterwettbewerb Bw-Musix'09; Wettbewerb Bw-Musix 09 – Wettbewerbsordnung. Beides auch zu finden auf www.militaermusik.bundeswehr.de – letzter Zugriff am 22. September 2009.

²² Website der Stadt Balingen: www.balingen.de – letzter Zugriff am 22. September 2009.

²³ Aus der Antwort vom 5. August 2009 auf einer E-Mail-Anfrage an Oberbürgermeister Reitemann: „Fragen zu Bw-Musix“ vom 30. Juli 2009, Kassel.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Brief „Bw Musix“ von Oberbürgermeister Reitemann als Antwort an Silke Gustedt, Balingen, den 1. Juli 2009.

²⁶ Blottner, Heike: Blasmusik und mehr, in: www.schwarzwaelder-bote.de, am 4. Juli 2009 – letzter Zugriff am 22. September 2009.

²⁷ Telefoninterview mit Stabsfeldwebel Dirk Freutel vom Zentrum für Nachwuchsgewinnung OST, Organisator der Bw-Musix'09, Kassel/Berlin, den 17. August 2009.

²⁸ Schmidt, Sebastian: Erfolgreich: Der Jugendblasorchesterwettbewerb der Bundeswehr – Bw-Musix 08, in: www.streitkraeftebasis.de – letzter Zugriff am 22. September 2009.

²⁹ Siehe Fußnote 1.

³⁰ Siehe Fußnote 27.

³¹ N. N.: Hier machen wir Musik – Die Musikkorps der Bundeswehr [Standortverzeichnis der Bundeswehr-Musikkorps], in: www.militaermusik.bundeswehr.de – letzter Zugriff am 22. September 2009.

³² Bundestags-Drucksache 16/12038.

³³ Zech, Christine/Landendorf, Johannes M.: Klingend kurios und hoch zu Ross, in: aktuell – Zeitung für die Bundeswehr Nr. 32/2005.

³⁴ Sauer, Michael: Veranstaltungs- und Organisationshandbuch für den Tag der Reservisten 2008.

³⁵ Siehe Fußnote 27.



Plakat ggü. einer Schule in Kassel, Foto: Michael Schulze von Glaßer

Dubioses Vorgehen der Bundeswehr vor Somalia

von Jonna Schürkes

Die Festnahme und wieder Freilassung von mutmaßlichen Piraten durch die Fregatte Brandenburg wirft zahlreiche Fragen auf.

Am 7. September tötete die Bundeswehr einen mutmaßlichen Piraten, als sie ein Boot mit fünf bewaffneten Männern beschoss, um es zu stoppen. Das Boot sollte kontrolliert werden. Die Insassen des Bootes ignorierten jedoch nach Angaben der Bundeswehr die Warnschüsse, woraufhin das Boot – und offensichtlich auch die Männer – beschossen wurden. Die vier überlebenden mutmaßlichen Piraten wurden festgenommen. Von Seiten der Bundeswehr hieß es, die mutmaßlichen Piraten hätten ihre Waffen nach dem Schusswechsel über Bord geworfen.¹ Dem widersprechen aber die Aussagen des Hauptquartiers der EU-Operation Atalanta. Diesem zufolge sollte das Boot kontrolliert werden, nachdem ein Hubschrauber der Fregatte Brandenburg losgeschickt worden war, um Luftaufnahmen des Bootes zu machen und aufgenommen hatte, wie die Männer Waffen und Leitern über Bord geworfen hätten.²

Am 13. September beschlossen das AA, das BMVg, das BMI, und das BMJ, die vier Männer wieder freizulassen. Dies geschah am 14. September in „Sichtweite der somalischen Küste“.³ Der tote Mann soll nach Somalia überführt werden (im Wortlaut des Hauptquartiers der EU-Operation Atalanta: repatriate).⁴ Begründet wird die Freilassung der mutmaßlichen Piraten damit, dass das

Hauptquartier der EU-Operation Atalanta einer Überlieferung der Männer nach Kenia nicht zustimmen wollte, da „nicht mit hinreichender Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass die vier Piraterieverdächtigen in Kenia verurteilt würden“ und da die Bundesregierung keine Strafanzeige stellen wollte, da „keine gewichtigen Rechtsgüter mit hinreichendem deutschen Bezug geschädigt wurden“.⁵

Das Hauptquartier der EU-Operation Atalanta berichtet auf seiner Homepage, die Ausrüstung der mutmaßlichen Piraten (inklusive deren Waffen) seien beschlagnahmt worden und würden zerstört werden.⁶

Der „Vorfall“ wirft einige Fragen auf:

- Wann haben die mutmaßlichen Piraten die Waffen über Bord geworfen und vor allem wie ist es möglich, dass obwohl sie ihre Waffen und Leitern über Bord warfen (wie dies die Aufnahmen des Hubschraubers ja dokumentieren sollen), diese anschließend beschlagnahmt wurden und zerstört werden sollen?

- Was heißt, die mutmaßlichen Piraten seien in Sichtweite der Küste Somalias ausgesetzt worden? In einem Boot? Wieso nicht in Somalia selbst? Der getötete mutmaßliche Pirat soll doch auch nach Somalia überführt (repatriate) werden?

- Wieso kann ein Boot beschossen und ein Mann erschossen werden, wenn das Boot doch offensichtlich flüchtete und laut Bundesregierung „keine gewichtigen

Rechtsgüter mit hinreichendem deutschen Bezug geschädigt wurden“?

- Wenn die mutmaßlichen Piraten in Kenia vor Gericht gestellt werden sollen, wieso lehnt das Hauptquartier der EU-Operation Atalanta dann die Auslieferung mit der Begründung ab, sie würden „nicht mit hinreichender Sicherheit“ verurteilt werden? Gilt hier die Unschuldsvermutung nicht?

- Wurden die Personalien des Getöteten und der Freigelassenen aufgenommen, damit der Fall auch zu einem späteren Zeitpunkt noch untersucht werden kann? Ist es angebracht, die Waffen und Ausrüstungsgegenstände zu vernichten, wo diese doch Beweise in einem Tötungsdelikt darstellen könnten. Es drängt sich der Eindruck auf, dass sowohl alle Zeugen, die nicht der Bundeswehr angehören sowie auch alle Beweismittel beseitigt werden sollen.

Anmerkungen

¹ Atalanta: Fregatte Brandenburg stoppt verdächtiges Skiff; Pressemitteilung des BMVg 07.09.09; Url: <http://tinyurl.com/pekkkc>

² EU NAVFOR warship BRANDENBURG stops suspected pirates (<http://www.eunavfor.eu/>)

³ Atalanta: Ressortübergreifende Entscheidung; Pressemitteilung des BMVg 14.09.09; URL: <http://tinyurl.com/r5mwg9>

⁴ Suspected pirates released by EU NAVFOR (<http://www.eunavfor.eu/>)

⁵ s. Fussnote 3

⁶ s. Fussnote 4



Fregatte Brandenburg im Einsatz, Foto: Bundesmarine, Fregatte Brandenburg

Üben für den Krieg – Bundeswehr ohne Bombodrom

von Tobias Pflüger

Als am 9. Juli 2009 Militärminister Franz-Josef Jung das Aus für das in der Kyritz-Ruppiner Heide bei Wittstock geplante Bombodrom bekannt gab, durfte eine jahrelange Widerstandsbewegung endlich mal wieder einen entscheidenden Erfolg feiern. Doch was bedeutet dieses „Aus“ des Bombodroms militärisch? Was war die militärisch zugeordnete Funktion des Bombodroms und wie soll sie jetzt ersetzt werden? Und was ist mit den anderen – schon bestehenden – Bombenabwurfplätzen in Deutschland?

Das entscheidende Papier, in dem die militärische Rolle des Bombodroms beschrieben wird, ist das vom Führungsstab der Luftwaffe erlassene „Konzept für die Nutzung der Luft/Boden Schießplätze in der Bundesrepublik Deutschland“ (L/BSchPl Konz 2008) vom 29.08.2008. Darin wird beschrieben, wie die Luft-Boden Schießplätze militärisch genutzt werden sollen. Das Konzept umfasst die bestehenden Luft-Boden Schießplätze, also das niedersächsische Nordhorn-Range und niederbayrische Siegenburg und den damals noch geplanten Luft-Boden Schießplatz Wittstock sowie die Truppenübungsplätze (Bergen, Munster, Heuberg, Grafenwöhr, Baumholder, Kliez und Oberlausitz), die ebenfalls für Bombenabwürfe genutzt werden können und die von der Bundeswehr im Ausland genutzten Plätze.

Grundgesetzwidrig: „Luftangriffskräfte“

Zentral ist das politische Grundcredo des Konzeptes: „Die Luftangriffskräfte der Bundeswehr und der NATO müssen in der Lage sein, ihren Auftrag in engem Zusammenwirken mit anderen Luft- sowie Land- und Seestreitkräften zu erfüllen.“ Wohl gemerkt, es geht um „LuftANGRIFFSKräfte“ der Bundeswehr. Mit dem Konzept soll die „Anpassung der qualitativen und quantitativen Vorgaben für die Nutzung der Übungseinrichtungen an die geänderten Rahmenbedingungen, insbesondere hinsichtlich der Notwendigkeit der kontinuierlichen und realitätsnahen Ausbildung und Übung der unterschiedlichen Einsatzrollen und Waffeneinsatzverfahren in anspruchsvollen und komplexen Einsatzszenarien“ erfolgen.

Der Bedarf der „Übungs/Ausbildungseinrichtungen“ wird begründet damit, dass bis zum Jahr 2017 177 Eurofighter (70 als Kampfflugzeuge für Bodenkrieg „Luft-Boden-Rolle“ plus 36 weitere auch für Boden- und Luftkrieg) und 85 Tornados für gelenkte und ungelenkte Munition (auch atomare Bewaffnung [!]) ihre Bombenabwürfe üben müssten. Dazu kämen der „Bedarf der Partner-Nationen“. Außerdem sei geplant (gewesen), dass alle in Deutschland stationierten Verbände den Bombenabwurfplatz Wittstock nutzen können sollten.

Geübt werden soll nichts anderes als Kriegsführung: „Gegenüber der Befähigung zum Einsatz ungelenkter Abwurfmunition, deren Erhalt in erster Linie durch das häufige Üben von Standardverfahren mit dem Einsatz von Übungsmunition sichergestellt wird (Quantität), erfordert der Erhalt der Befähigung zum Einsatz von gelenkter, abstandsfähiger Munition das Üben komplexer Einsatzverfahren in unterschiedlichen taktischen Szenarien (Qualität). Aktuelle Einsatzszenarien zeigen, dass diese Verfahren insbesondere im Zusammenwirken mit den Landstreitkräften sowie mit Kräften und Mitteln der bodengebundenen Luftverteidigung geübt werden müssen. Darüber hinaus zeichnet sich in Folge der technischen Weiterentwicklung sowie der Entwicklung im Bereich der vernetzten Operationsführung für die Zukunft die Tendenz hin zu qualitativ hochwertigen Übungsszenarien mit einem daraus resultierenden Bedarf an geeigneten Übungsräumen ab.“

Kriegsszenarien wie in Afghanistan

„Im Rahmen vernetzter Operationsführung und vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung Streitkräftegemeinsamer Taktischer Feuerunterstützung (STF) gewinnen streitkräftegemeinsame Übungen, insbesondere die Integration von Land- und Luftoperationen, an Bedeutung.“ Bei den geplanten Übungen in Wittstock ging es um Flächenbombardements mit ungelenkter Munition und um taktische Einsatzübungen „im gesamten Einsatzspektrum“ zur gezielten Ausschaltung gegnerischer Ziele.

Ein offener Bruch des Grundgesetzes (Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges, Artikel 26.1 GG) ist damit einkalkuliert: Mit Luftangriffskräften vernetzte Operationsführung durchführen, wie Luft- und Landoperationen. Konkret entspricht dies z.B. dem Kriegsszenario in Afghanistan.

Zentral ist folgende Festlegung in dem Konzept: „Zur Sicherstellung einer kontinuierlichen Ausbildung müssen qualitativ und quantitativ geeignete Schießplatzkapazitäten in DEU vorgehalten werden. Die Nutzung der L/BSchPl im Inland steht dabei im Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit einer einsatzorientierten Ausbildung zum Erhalt der insbesondere für internationale Verpflichtungen (laufende Einsätze, NATO Response Force, EU Battle Groups, UN Standby Arrangement System) erforderlichen hohen Einsatzbereitschaft und der politischen Vorgabe, die mit dem Übungsbetrieb der Bundeswehr einhergehenden Belastungen für die Bevölkerung



Proteste gegen das Bombodrom 2008, Foto: indymedia

gleichmäßig und solidarisch zu verteilen. Darüber hinaus gebietet die Solidarität im Bündnis, unter dem Gesichtspunkt der Reziprozität auch den Luftstreitkräften der NATO-Partner Ausbildungsmöglichkeiten in DEU zur Verfügung zu stellen.“

Konkret heißt das: Einsatznahe Kriegsausbildung, auch um die eingegangenen Verpflichtungen innerhalb der NATO, der Europäischen Union und der UN zu erfüllen. Und die Luft/Boden-Schießplätze wie Wittstock auch für die Partnerländer zur Verfügung stellen. Daraus ergibt sich dann der Übungsbedarf: „Vor diesem Hintergrund ist es politisch geboten und Operationen unumgänglich, einen gegenüber früheren Jahren deutlich größeren Anteil der insgesamt erforderlichen L/BSchPI-Einsätze der Luftwaffe im Inland, auf den L/BSchPI WITTSTOCK, NORDHORN und SIEGENBURG durchzuführen.“

Interessant in diesem Zusammenhang ist die geplante massive Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten, wie aus der beigelegten Grafik hervorgeht. Die räumliche Ausdehnung des geplanten Bombenabwurfplatzes Wittstock (12.000 ha) wäre um ein Vielfaches größer gewesen als von den beiden bestehenden Nordhorn-Range (2.200 ha) und Siegenburg (275 ha). Selbst im Bundeswehr-Konzept wird festgestellt, dass bei Nordhorn-Range und Siegenburg die Belastung der Bevölkerung jeweils „hoch“ sei. Zu Wittstock hieß es: „WITTSTOCK bietet auf Grund seiner Größe und Lage sowie der Anbindung an die ED-R 206/306 in qualitativer Hinsicht, insbesondere im Verbund mit bodengebundenen Kräften, in Teilen einzigartige Ausbildungsmöglich-

keiten für taktische Einsätze im Inland. Er ist daher für die Herstellung und den Erhalt der Einsatzbereitschaft der Luftwaffe weiterhin notwendig.“

Nach Polen oder in der Wüste?

„Wir sind in eine gewisse Zwickmühle geraten und müssen schnell eine Alternative für den Bombenabwurfplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide finden“, sagten Luftwaffenoffiziere in Berlin. Und: „Die Einsatzbereitschaft der Luftwaffe hat auch in Zukunft höchsten Stellenwert“, so Franz-Josef Jung. (Hannoversche Allgemeine, 14.07.2009) Die Bundeswehr gibt natürlich ihre Pläne zum Kriegüben nicht auf. Nun stellt sich also die Frage, wie diese Kriegsübungen ohne das Bombodrom stattfinden sollen?

Die Erhöhung der Nutzung von Nordhorn-Range und Siegenburg ist eher unwahrscheinlich, da diese Plätze an der Kapazitätsgrenze sind und die bisherigen Belastung der Anwohner/innen schon jetzt „hoch“ sind.

Eine sehr konkrete Idee ist die Nutzung von Bombenabwurfplätzen in Polen. Dies hätte für die Bundeswehr den Vorteil, dass Polen NATO- und EU-Land ist und insofern bündnispolitisch wenig Rücksicht genommen werden müsste. Nachteil ist, für die dortige Nutzung muss gezahlt werden und Deutschland kann sich nicht profilieren innerhalb der EU und der NATO als Vorreiter mit dem größten Bombenabwurfplatz innerhalb des Bündnisses. Die Ausweitung der bisherigen Übungen in Italien ist ebenfalls geplant, am Standort Decimomannu gebe es „unumschränkte Mög-

lichkeiten zum Luft-Luft- beziehungsweise Luft-Boden-Kampf. Auf der „Frasca Range“ können die deutschen Piloten über See ohne Einschränkungen untereinander und auch mit ihren alliierten Kameraden üben.“ Auch eine Auslagerung ins weiter entfernte befreundete Ausland ist möglich: So gab es eine Luftwaffenübung, zu der die Bundeswehr eingeladen worden war in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE): „Über 61 000 Quadratkilometer großer Übungsraum, hundert Kilometer freier Luftraum, dünn besiedeltes Wüstengebiet.“

Mit dem Sieg gegen das Bombodrom wurde die Kyritz-Ruppiner Heide bei Wittstock als Bombenabwurfplatz verhindert. Eine anderweitige militärische Nutzung des großen Geländes hat die Bundeswehr ausdrücklich nicht ausgeschlossen! Auch dagegen gilt es zu kämpfen. Denn die Kriegsübungen der Bundeswehr sind mit der Aufgabe des Bombodrom nicht verhindert. Das heißt für die Antikriegs- und Friedensbewegung: Gegen Krieg aktiv sein, heißt auch gegen die Kriegsvorbereitungen und Kriegsübungen an sich kämpfen. Eine Verlagerung der Kriegsübungen ins europäische oder nichteuropäische Ausland verlagert das Problem nur, es löst es nicht. Deshalb ist das Problem der Bombenabwurfplätze und Kriegsübungen friedenspolitisch noch nicht gelöst. Europaweit und internationaler vernetzter Protest und Widerstand ist notwendig. Wir müssen das Üben von Krieg verunmöglichen, um Krieg als Mittel der Politik – in Deutschland durch die Bundeswehr – zu verunmöglichen.



Sie will doch bloß üben – Tornado, Quelle: U.S. Air Force, Master Sgt. Kevin J. Gruenwald

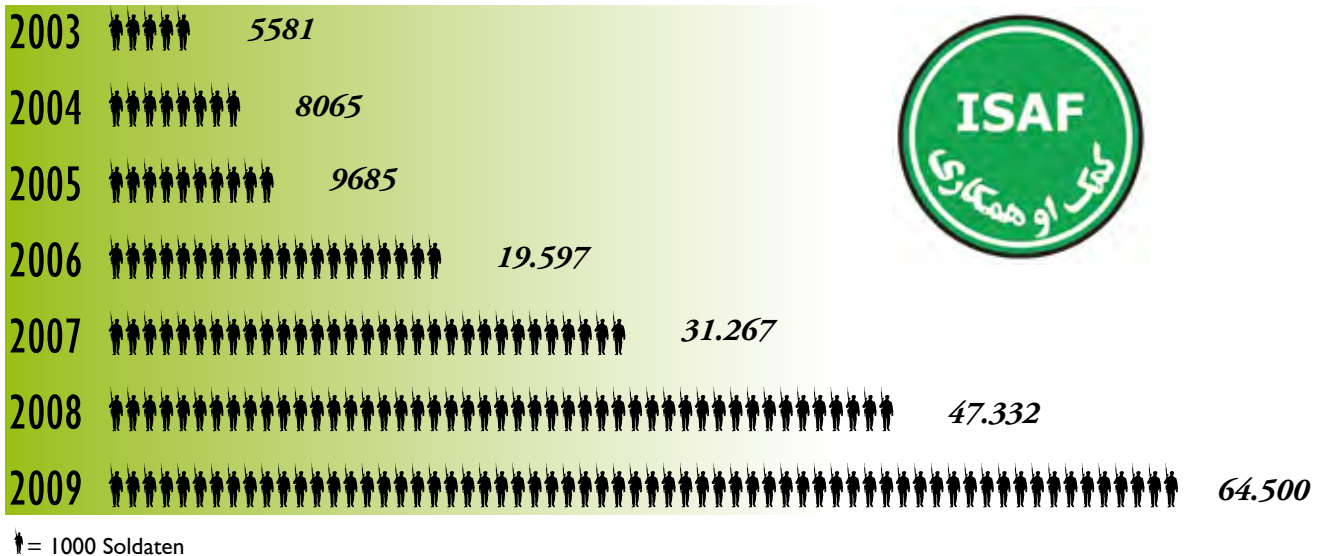
IMI-Fact-Sheet Afghanistan: Das Drama in Zahlen

Truppen in Afghanistan: ISAF und OEF

In Afghanistan operieren zwei formal strikt von einander getrennte westliche Kriegseinsätze: Die US-geführte „Operation Enduring Freedom“ (OEF: Mandat zur Terrorbekämpfung) und NATO-Truppe ISAF (ursprünglich als Stabilisierungseinsatz getarnt, mittlerweile aber immer offener eine Aufstandsbekämpfungsoperation). Anfangs (2003) operierte ISAF ausschließlich in Kabul, während OEF im schwer umkämpften Süden und Osten aktiv war. Danach weitete die NATO ihr Einsatzgebiet aber in vier Phasen aus, 2004 auf den Norden, 2005 auf den Westen und schließlich 2006 auf den Süden und Osten, seither kämpfen beide Missionen faktisch Hand in Hand.



Truppenentwicklung der ISAF



ISAF-Truppengröße:

August 2003: 5581; August 2004: 8065;
Juli 2005: 9685; September 2006: 19.597;
November 2006: 31.267; März 2008:
47.332; August 2009: 64.500

OEF-Truppengröße:

September 2008: 19.000;
Juni 2009: 26.000

Deutsche Truppen:

2001: 1200; 2003: 2250; 2005: 3000;
2007: 3500; 2008: 4500 (Kontingentober-
grenze. Hinzu kommen noch 300 Soldaten
für die AWACS. Davon sind gegenwärtig
4240 stationiert, Stand: 28. August 2009).

Gesamtgröße der westlichen Truppen:

90.000 (bis Ende des Jahres sollen allein
aus den USA zusätzlich zwischen 12-
45.000 Soldaten entsendet werden). Hinzu
kommen noch etwa 70.000 Mitarbeiter
privater Sicherheitsfirmen.

2009

Truppensteller ISAF

Albanien	140	Griechenland	145	Niederlande	1770	Türkei	730
Aserbaidschan	90	Irland	7	Norwegen	485	Ukraine	10
Australien	1090	Island	8	Österreich	3	Ungarn	310
Belgien	510	Italien	2795	Polen	2000	USA	29950
Bosnien und Herzegowina	2	Jordanien	7	Portugal	90	Vereinigten Arabischen Emirate	25
Bulgarien	470	Kanada	2800	Rumänien	1025	Vereinigtes Königreich	9000
Dänemark	700	Kroatien	295	Schweden	430		
Deutschland	4050	Lettland	165	Singapur	8		
Estland	150	Litauen	200	Slowakei	230		
Finnland	110	Luxemburg	9	Slowenien	80		
Frankreich	3160	Mazedonien	165	Spanien	780		
Georgien	1	Neuseeland	160	Tschechische Republik	340		

Gesamt ca.:
64.500

Deutscher Kriegsbeitrag

2007: Entsendung der Bundeswehr-Tornados: Etwa 50% der Aufklärungsflüge fanden im Süden statt. Auf Grundlage dieser Daten erfolgen Bombardements, bei denen auch immer wieder zahlreiche Zivilisten ums Leben kommen.

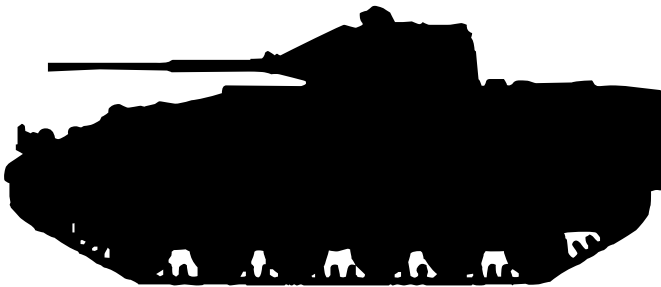
Mitte 2008: Übernahme der „Quick Reaction Force“ von Norwegen. Die einzige Aufgabe dieser als Feuerwehrruppe bezeichneten Einheit ist die Aufstandsbekämpfung im Norden (und Westen) Afghanistans, wo der Widerstand inzwischen ebenfalls an Boden gewinnt.

Herbst 2008: Erhöhung des Bundeswehrkontingents von 3500 auf 4500 Soldaten. Erstmals Verlängerung eines Bundeswehreinsatzes um 14 statt wie bisher üblich um 12 Monate, um das Thema aus dem Bundestagswahlkampf herauszuhalten.

Sommer 2009: Beschluss zur Entsendung von AWACS-Flugzeugen, die als Feuerleitzentrale für den Bodenkrieg fungieren (Deutschland trägt 27% der Kosten und stellt 40% des Personals).

Sommer 2009: Bundeswehr geht in die Offensive. Bei der „Operation Adler“ Mitte Juli setzt die Bundeswehr erstmals schweres Gerät ein (Mörser und Schützenpanzer). Im selben Monat wird die „Taschkarte“ geändert, die vorgibt, unter welchen Umständen Bundeswehrsoldaten Gewalt anwenden dürfen. Sie wurde deutlich hin zu offensiverem Vorgehen abgeändert, u.a. sind jetzt Präventivangriffe erlaubt.

Die wichtigsten Schritte der „Salamitaktik“



Weitere Eskalation nach der Bundestagswahl?

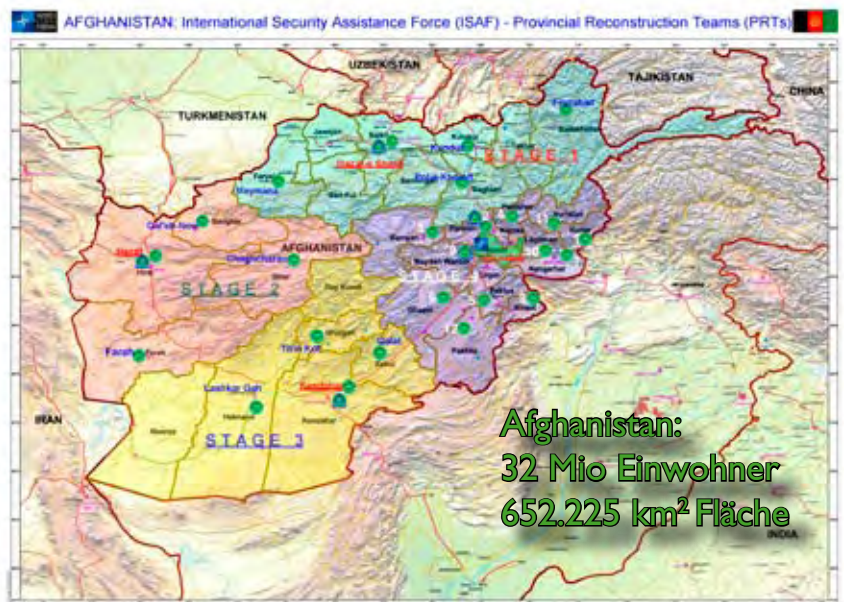
Der Spiegel berichtet: »US-Diplomaten haben führenden CDU-Politikern bereits angekündigt, Obama warte mit Rücksicht auf Angela Merkel nur noch die Wahl am 27. September ab. Dann werde er fordern, daß auch die Deutschen mehr Kampftruppen an die Front schicken.« (zit. nach Junge Welt, 31.08.2009)

Schwachstelle Transport:

Die Versorgung von immer mehr Soldaten wird immer schwieriger:

- Routen über Pakistan sind zunehmend unsicher
- Nichtmilitärischer Nachschub (Treibstoff, Nahrungsmittel etc.) wird verstärkt über Russland und Zentralasien aus dem Norden nach Afghanistan gebracht.
- 50% des ISAF-Nachschubs läuft über das deutsche Kommando-Nord
- Zunehmende Bedeutung der Straßenverbindung Kunduz – Kabul und der deutschen Luftwaffenbasis Termez (Usbekistan)
- 325 Flugstunden der deutschen Luftwaffe für strategischen Transport der ISAF-Verbündeten in Afghanistan pro Monat

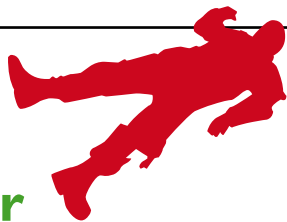
⇒ Zunehmende Anschläge und Angriffe auf Versorgungsrouten im Norden



Die materiellen Kosten des Afghanistan-Krieges

USA: Einschließlich der projektierten Kosten im Haushaltsjahr 2009 haben die USA seit Beginn des Afghanistan-Krieges 223 Mrd. Dollar ausgegeben.

Deutschland: 2008 beliefen sich die Kosten für den ISAF-Bundeswehreininsatz auf 536 Mio. Euro (ursprünglich waren 487 Mio. geplant). 2009 wird diese Zahl aufgrund der durch den zusätzlichen AWACS-Einsatz verursachten Mehrkosten deutlich überschritten. Projektiert sind 688 Mio. Euro (für 14 statt wie bislang 12 Monate). Die Gesamtkosten belaufen sich auf etwa 4 Mrd. Euro (ISAF plus die Kosten für OEF, wohl 600 Mio. bis 2008). Personalkosten, Ausrüstung und Ausbildung der Soldaten sind in diesen Kosten nicht enthalten.



Eskalation der Kampfhandlungen

Sicherheitsvorfälle (Zusammenstöße zwischen Widerstand und westlichen Truppen): 2005: 1755; 2006: 3589; 2007: 6000; 2008: ca. 10.000; 2009 erstes Quartal: 2300 (Verdopplung ggü. dem Vergleichszeitraum 2008)

Selbstmordanschläge: 2001-2005: 5; 2005: 6; 2006: 123; 2007: 160

Opfer unter westlichen Soldaten:

USA: 788 (Verletzte: 3613)
Nicht-US: 533 (Kanada: 127; Großbritannien: 204)
Deutschland: 35
Gesamt: 1386 (Stand: 13.09.2009)

Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung

Die Angaben über die Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung variieren stark. Darüber hinaus gibt es in diesem Bereich auch eine hohe Dunkelziffer. Einig sind sich die verschiedenen Berichte, dass die Zahlen massiv nach oben gegangen sind.

Zahlen der UNAMA (UN-Mission in Afghanistan):
Zivilopfer 2006: 929; 2007: 1523; 2008: 2118 (Anstieg um 40% ggü. dem Vorjahr); 2009: Im ersten Halbjahr nochmaliger Anstieg um 24%

Krieg für Frauenrechte?

Zu den wenigen einigermaßen verlässlichen Indikatoren über den Stand der Frauenrechte zählt die Tatsache, dass die Zahl der Selbstmorde in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist. 20-30 Prozent der Frauen sind opiumabhängig, Prostitution nimmt zu. Im Juli 2009 warnte ein UN-Bericht vor der „wachsenden Gewalt“ gegen Frauen, insbesondere Vergewaltigungen würden sprunghaft zunehmen.

„Afghanisierung“ des Krieges: Zielgrößen der Sicherheitskräfte

Das US-Militär geht davon aus, dass für eine „erfolgreiche“ Befriedung eines Landes wie Afghanistan 20-25 Soldaten auf 1000 Einwohner erforderlich sind. Das bedeutet bei einer Bevölkerung von etwa 32 Mio. ein Truppenbedarf von 640.000-800.000 Soldaten. Es ist klar, dass trotz der jüngsten massiven Erhöhungen der westlichen Truppen eine solche Zahl bei weitem nicht erreicht werden kann. Deshalb soll durch den drastischen Ausbau der einheimischen Kräfte, diese Deckungslücke geschlossen werden.

Zielgröße der afghanischen Armee: 270.000
(ursprünglich 85.000)

Zielgröße der afghanischen Polizei: 140-160.000
(ursprünglich 82.000)

Opfer afghanische Polizei: 2007: 209; 2008: 226; 2009 (bis Mai): 114

Opfer afghanische Armee: 2007: 803; 2008: 880; 2009 (bis Mai): 341

Jährliche Kosten der afghanischen Sicherheitskräfte: Ca. 2-3 Mrd. Dollar, also ein Vielfaches des afghanischen Haushalts

EUPOL Afghanistan: EU baut afghanische Repressionsorgane mit auf

Die Ausbildung der afghanischen Polizei übernimmt inzwischen vor allem die EU-Mission „EUPOL Afghanistan“, die Mitte 2007 gestartet wurde. Bislang umfasst EUPOL AFGHANISTAN ca. 400 Beamte (EU plus lokale), Deutschland stellt ca. 25% davon.

CIMIC: Effektivierung der Besatzung

Um eine quasi-Kolonie wie Afghanistan effektiv unter Kontrolle zu halten, sind zivile Fähigkeiten erforderlich. Deshalb wird in Afghanistan im Rahmen der „Zivil-militärischen Zusammenarbeit“ versucht, zivile Akteure vom Brunnenbauer über den Verwaltungsexperten bis hin zum Agrotechniker in den Dienst der Besatzung zu stellen. Damit werden humanitäre Helfer für die Bevölkerung aber zu integralen Bestandteilen der Besatzung und damit zu Gegnern und legitimen Anschlagzielen. Als Folge haben sich die Angriffe auf zivile Akteure mittlerweile derart gehäuft, dass viele Nichtregierungsorganisationen sich mittlerweile aus Afghanistan zurückziehen mussten.

Anschläge auf Nichtregierungsorganisationen:



Höhe der Entwicklungshilfe

Das Hauptproblem mit der Entwicklungshilfe in Afghanistan ist nicht einmal, dass bislang deutlich weniger ausbezahlt wurde, als ursprünglich zugesagt worden war. Vielmehr wandert ein Großteil der Gelder zurück in Taschen westlicher Wiederaufbaukonzerne oder wird für sicherheitsrelevante Ausgaben teils sogar zur direkten Unterstützung der Aufstandsbekämpfung zweckentfremdet. So bleibt für humanitäre Ausgaben wenig bis kein Geld mehr übrig.

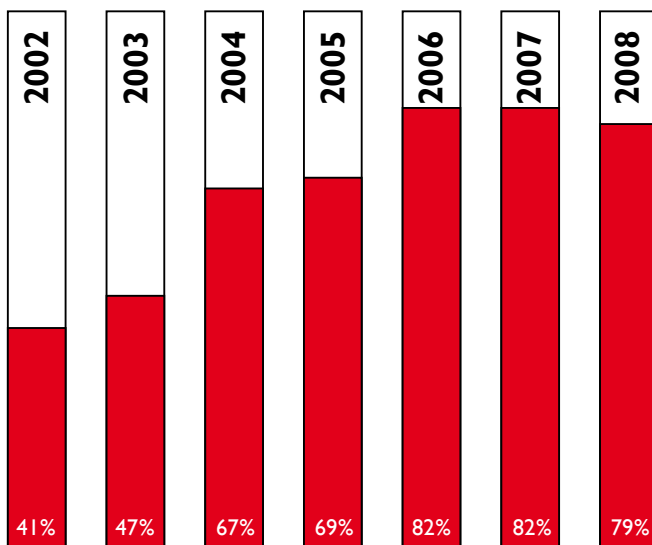
Zugesagte Gelder 2002-2008: 25 Mrd. Dollar
Ausbezahlte Gelder 2002-2008: 15 Mrd. Dollar (davon Deutschland: 767,8 Mio. Dollar von versprochenen 1226 Mio. Dollar)

Anteil des Geldes, das direkt in die Taschen westlicher Firmen zurückwandert („gebundene Hilfe“): 40% (laut Oxfam) bis 90% (laut „Center for Strategic and International Studies“).

Ausgaben sämtlicher Geberländer zwischen 2002 und 2006 für Nahrungs- und Gesundheitsprogramme: 433 Mio. Dollar.

Boombranche Drogenanbau

Anteil des afghanischen Opiums an der Weltproduktion:



Zwar ging die Anbaufläche 2008 und 2009 zurück, dies hat jedoch primär mit höheren Erträgen pro Hektar zu tun. Hauptanbaugebiete sind die südlichen Provinzen Hilmand und Kandahar. <http://www.unodc.org/>

Quellen:

Die meisten Daten finden sich in den IMI-Analysen 2009/040; 2009/037 und 2009/036 sowie in der IMI-Studie 2008/11. Diese und sämtliche IMI-Texte zum Afghanistan-Krieg finden sich auf folgender Sonderseite: <http://www.imi-online.de/2006.php3?id=1454>

Darüber hinaus verwendete Quellen:

- Jason H. Campbell and Jeremy Shapiro: Afghanistan Index. Tracking Variables of Reconstruction & Security in Post-9/11 Afghanistan, August 18, 2009.
- Anthony Cordesman: The Afghan-Pakistan War: A Status Report: 2009. A Brief Summary, Center for Strategic and International Studies, August 12, 2009.
- UNAMA/OHCHR: Silence is Violence: End the Abuse of Women in Afghanistan, Kabul, 8 July 2009

Afghanische Wirtschaft

Afghanistan wurden im Rahmen der Besetzung neoliberale Wirtschaftsreformen verordnet. U.a. die weitgehende Abschaffung von Schutzzöllen, die umfassende Privatisierung von Staatsbetrieben und Steuerbefreiungen für vier bis acht Jahre für investierende westliche Konzerne. Afghanistan sei „eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt“, so das „Bundesamt für Außenwirtschaft“.

Durch die Liberalisierung ist in Afghanistan ein eklatantes Handelsbilanzdefizit entstanden, es belief sich auf ca. 6.5 Mrd. Dollar im Jahr 2008 (allein Deutschland exportierte im Jahr 2008 Waren im Wert von 267,7 Mio. Euro nach Afghanistan, während sich die Importe auf lediglich 2,7 Mio. Euro beliefen). Die verordneten Privatisierungen führen darüber hinaus zu Massenentlassungen und tragen damit zur hohen Arbeitslosenquote bei.

Soziale Situation

- 40% der Bevölkerung waren 2008 arbeitslos (Schätzung des CIA Fact Book, andere Quellen geben noch höhere Zahlen an)
- 61% der Bevölkerung sind chronisch unterernährt
- Die Lebenserwartung ist auf 43,1 Jahre gesunken
- Die Alphabetisierungsrate (Erwachsene) ist von 28,7% auf 23,5% gefallen
- Lediglich 13% der Afghanen haben hat gesicherten Zugang zu Trinkwasser
- nur 6% haben Zugang zu elektrischen Strom

Ablehnung des Einsatzes!

Deutschland

ARD-Deutschlandtrend vom Juli 2009: 69% lehnen den Einsatz ab.

USA/Frankreich/Großbritannien

USA: Ablehnung Februar 2009: 30%; März 2009: 40%; August 2009: 53% (2002: 6%)

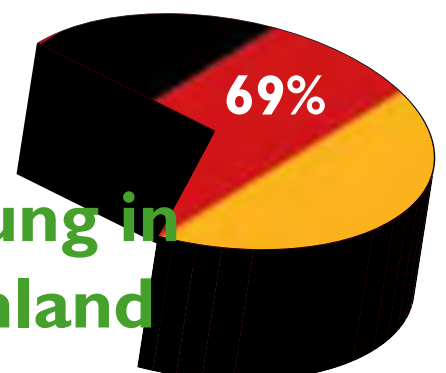
Großbritannien: Ablehnung Juli 2009: 66%

Frankreich: Ablehnung Juli 2009: 55%

Afghanistan

Laut einer Umfrage von ARD, ABC und BBC im Februar 2009, sprach sich zu diesem Zeitpunkt erstmals eine Mehrheit der Afghanen für einen schnellstmöglichen Abzug von USA und NATO aus.

Ablehnung in Deutschland



Zum Barbecue mit Rüstungsbossen

von Arno Neuber

„Leopardenjagd am Hindukusch“ überschrieb die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung im März letzten Jahres einen Bericht. Dabei ging es nicht um eine Safari, sondern um Kampfpanzer Made in Germany, die bei NATO-Armeen in Afghanistan im Einsatz sind. Der Redakteur kam ins Schwärmen, war ganz beseelt von seiner Aufgabe, deutsches Kriegsgerät anzupreisen. „Eine fantastische Waffe“, zitiert er namenlose dänische Militärs. Und er führt die Kanzlerin an, die zwei Wochen später bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr erklärt, Deutschland müsse bereit sein, seine Soldaten gut gerüstet in alle Welt zu schicken, damit nicht andere „von oben auf uns herabschauen“. Zur guten Rüstung zählt Frau Merkel laut Bericht „unsere schönen Fregatten“ und die „schönen Tornados“. Und natürlich deutsche Kampfpanzer. „Der Leopard ist auch überall gerne gesehen.“

Der Werbeeinsatz von Medienprofis und Kanzlerin ist für die Rüstungskonzerne völlig kostenlos, aber natürlich nicht zufällig. Kriegswaffenproduktion ist kein Geschäft wie jedes andere. Die Rüstungsindustrie erfreut sich der vollen Unterstützung und Förderung durch die Regierung. Ihr Absatz im Inland ist garantiert, Subventionen fließen reichlich, die Risiken sind gering, der Export wird befördert, die Profite sind beträchtlich.

Dass der Staat ein Interesse an einer florierenden Kriegswaffenindustrie hat und sich für ihr Gedeihen eine Bringschuld auferlegt, ließen sich die deutschen Rüstungsindustriellen im November 2007 schriftlich geben. In einer Vereinbarung mit dem Bundesministerium der Verteidigung wurde der „Erhalt und Ausbau der technologischen Spitzenstellung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ als Regierungsziel fixiert. Die Definition angeblich „unverzichtbarer nationaler wehrtechnischer Fähigkeiten“ umfasst einen ganzen Waffenkatalog: Kampf und Transportflugzeuge, Hubschrauber, Drohnen, Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, Satelliten, U-Boote, Kriegsschiffe.

„Dazu gehört eine Beschaffungspolitik, die der Rolle Deutschlands als ‚lead nation‘ und Referenz für das unverzichtbare Exportgeschäft gerecht wird“, schreibt

MdB Anita Schäfer (CDU), Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestages, in der Militärzeitschrift „Strategie und Technik“ (Juli 2009).

MdB's als Waffen-Lobbyisten

Bei fünf Mitgliedern des Verteidigungsausschusses wurde kurz darauf bekannt, dass sie „vergessen“ hatten, ihre Mitgliedschaft in Verbänden der Rüstungslobby bekannt zu machen. Zwei von ihnen fielen zusätzlich dadurch auf, dass sie die Verlegung von Eurofightern und Kampfhubschraubern nach Afghanistan verlangten.

Rüstungslobbyisten geben im Verteidigungsausschuss offensichtlich den Ton an. Aber auch darüber hinaus gelten bei Berliner Abgeordneten enge Kontakte zu den Rüstungskonzernen längst nicht mehr als ehrenrührig. Gerne trifft man sich im „Förderkreis Deutsches Heer“, in dessen Arbeitsgruppe „Young Leaders“ der „Netzwerkgedanke im Vordergrund“ steht, schließlich gelte es, „die drei Säulen des FKH (Förderkreis Deutsches Heer e.V.) – Heer, Politik und Wirtschaft – schon früh zu vernetzen. Das sommerliche Barbecue in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin ist eine hervorragende Gelegenheit“ dazu. So nachzulesen auf der Website des Vereins.

Ein who-is-who des militärischindustriellen Komplexes in Deutschland sind Vorstand und Präsidium der „Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik“ (DWT). Dort versammeln sich Rüstungsmanager, ranghohe Militärs, Beamte aus dem Verteidigungsministerium, Rüstungsforscher, Abgesandte außenpolitischer brain trusts, Redakteure von Rüstungsjournalen und Abgeordnete vornehmlich aus Union, SPD und FDP. Nicht heimlich, sondern ganz offiziell hat man sich dem Vereinszweck „effektive Ausgestaltung der Partnerschaft zwischen Bundeswehr und Wirtschaft sowie der Verlagerung von Bundeswehraufgaben in die Wirtschaft“ (DWT-Website) verschrieben.

Um deutsche Rüstungsschmieden auf dem Weltmarkt in der Champions League zu positionieren, haben Bundesregierung unter CDU und SPD-Führung seit Jahrzehnten auf nationale Zusammenschlüsse gedrängt. Herausgekommen sind Rüstungsmonopole, die praktisch als Alleinausstatter der

Bundeswehr-Teilstreitkräfte fungieren. Im Marine-Bereich ThyssenKrupp, im Panzerbau KraussMaffei Wegmann und Rheinmetall, bei Flugzeugen, Hubschraubern, Marschflugkörpern, Raketen, Drohnen und Satelliten EADS. Wenn das „Handelsblatt“ beklagt, „allen Anstrengungen zum Trotz ist die Abhängigkeit der Politik von der Rüstungsindustrie dabei in den vergangenen Jahren nicht etwa gesunken, sondern eher noch gestiegen“ (10.06.09), dann verkennt es die Lage. Die Politik hat sich wissentlich und mit voller Absicht in Geiselhaft begeben.

Im Juni nickte der Haushaltsausschuss des Bundestages den Kauf von weiteren 31 Kampfflugzeugen Eurofighter ab, obwohl nicht nur bei den meisten Berliner Politikern, sondern auch bei den Militärs seit Jahren klar ist, dass der Eurofighter mit Blick auf die vorgegebenen Aufgaben der Bundeswehr eine Fehlinvestition ist. In der Truppe möchte man lieber mehr Geld für Drohnen und Satelliten ausgeben, der Bedarf an gepanzerten Fahrzeugen für Auslandseinsätze ist kaum zu decken. Notfalls müssen aber sogar die Bedürfnisse der Truppe hinter dem langfristigen Ziel „Spitzenstellung der deutschen Rüstungsindustrie“ zurückstehen.

Die konnte auch in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht klagen. „Angesichts der weltweiten Wirtschaftsturbulenzen war die weit gehende Konjunkturabhängigkeit der Verteidigungsausgaben ein Garant für die robuste Geschäftsentwicklung“, heißt es im aktuellen Geschäftsbericht des Rheinmetall-Konzerns. „Der internationale Trend zur Ausrüstung der Streitkräfte mit Gerät, das den Anforderungen und den neuen Bedrohungsszenarien bei einer insgesamt weiter steigenden Zahl an Auslandseinsätzen gerecht wird, erweist sich als nachhaltig.“

Profitable Aufträge: Puma und A400M

Ende Juni gab es in den Vorstandsbüros weiteren Grund zum Jubeln. Rheinmetall hatte den nach eigenen Angaben „größten Einzelauftrag seit dem Zweiten Weltkrieg“ an Land gezogen. Zuvor hatte der Haushaltsausschuss des Bundestages auf der letzten Sitzung vor der Sommerpause im Eiltempo (innerhalb einer Woche statt der üblichen drei bis vier) Waffenbestellungen im Wert von mehr als sechs Milliarden Euro absegnen. Darunter 405 Schützenpanzer Puma, die den Panzerbauern bei Rheinmetall und KraussMaffei Wegmann mindestens 3,1 Mrd. Euro in die Kassen spülen.

Ebenfalls vor Torschluss der Großen Koalition händigten der Verteidigungsminister

und seine Amtskollegen aus Frankreich, Großbritannien, Spanien, Belgien, Luxemburg und Türkei dem EADS-Management einen Milliarden teuren Freifahrtschein für den Militärtransporter A400M aus. Der liegt derzeit schon drei Jahre hinter dem Zeitplan und weist eine Mängelliste auf, die von den Triebwerken bis zum Fluggewicht reicht. Eigentlich sollte er schon im nächsten Jahr Soldaten und Waffen der Bundeswehr zu Einsätzen in aller Welt fliegen, tatsächlich hat er noch nicht einmal zum Erstflug abgehoben.

Die NATO-Verteidigungsminister wären deshalb schon seit dem Frühjahr zur Vertragskündigung berechtigt, geben den Erpressungen der EADS-Bosse aber immer weiter nach. Dort will man die Festpreisvereinbarung kippen, mehr kassieren, weniger Leistungsvorgaben erfüllen und später liefern. Dennoch spielen die Politiker mit, denn sonst ginge „die Idee kaputt, dass wir in Europa eine eigenständige Flugzeugindustrie für den militärischen Bereich haben“ (Rainer Arnold, SPD). Für Deutschland wäre es „nicht hinnehmbar, wenn wir uns beim strategischen Lufttransport auf ausländische Unternehmen abstützen müssten“ (Bernd Siebert, CDU).

Trommelwirbel für Aufrüstung

Die Idee einer starken nationalen Rüstungsindustrie und der militärisch-zivilen Zusammenarbeit wird mittlerweile landauf, landab propagiert. Die Bundesrepublik wurde dazu überzogen mit einem Netz von Militär- und Rüstungskonferenzen. Der „Celler Trialog“, den die Commerzbank und das Verteidigungsministerium veranstalten, kümmert sich um die militärische Durchdringung der Hochschulen und die Förderung von Reservisten in der Wirtschaft. Das „Berliner Forum Sicherheitspolitik – Impulse 21“ wird von Tagesspiegel und Verteidigungsministerium veranstaltet. Ebenfalls in Berlin organisiert das Handelsblatt seine Konferenz „Sicherheitspolitik und Verteidigungsindustrie“. In Minden arbeiten FDP, Bertelsmann-Stiftung, Bundeswehr-Verband und EADS bei der Ausrichtung eines sicherheitspolitischen Kongresses zusammen. In Heidelberg hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl A. Lamers beim „Heidelberger Sicherheitsforum“ Referenten aus Militär, Politik, Wissenschaft und Rüstungsindustrie aufgeboten, um neue Ideen in Zeiten der Wirtschaftskrise zu diskutieren. So die „Entwicklung neuer Hightech-Waffensysteme, mit denen deutsche Unternehmen versuchen, im Wettbewerb zu bestehen und ihre Absatzmöglichkeiten zu steigern“ oder die verstärkte Öffnung für den „Markt der

Innen Sicherheit“. Auf diesen Foren wird laut für höhere Rüstungsausgaben, insbesondere im Bereich Forschung, Entwicklung und Beschaffung von Waffen getrommelt. Im Vorjahr wurde eine drastische Aufstockung des offiziellen Verteidigungshaushaltes (5,6%) auf 31,1 Mrd. Euro durchgesetzt. In diesem Jahr soll der Etat auf gleicher Höhe bleiben. Zusätzlich kann die Bundeswehr durch Verkäufe von Liegenschaften und Gerät bis zu 520 Millionen Euro erwirtschaften. Und aus dem Konjunkturpaket II

stehen 226 Millionen für Waffen und Ausrüstung und 250 Millionen für Um- und Neubauten zur Verfügung (für die Jahre 2009-2010). Aus dem gleichen Topf kann die Bundeswehr auch Gelder für Informationstechnik abrufen. Der Generalinspekteur rechnet indes in seinem „Bundeswehrplan 2010“ bereits mit einer Steigerung der Rüstungsausgaben auf 33,1 Mrd. Euro bis 2014. Rüstung wird weiterhin ein profitables Geschäft bleiben.

Konjunkturpaket für die Bundeswehr (Stand September 2009)

Titel	Volumen	2009	2010	2011 (Nachlauf)	Auftragnehmer *
Einbau Seefuchs-Systeme in KL.MJ 332	37,1	8,9	13,3	14,8	Peene-Werft, Atlas Elektronik
10 Fennek JFST	39,3		15,3	23,9	(Krauss-Maffei Wegmann)
1000 St. Maschinenpistole MP 7	3,0	2,0	1,0		Heckler & Koch
F&T-Studie „Modulare Skalierbare Sensorsystem Architektur“	2,0	1,0	1,0		
F&T-Studie „Low Observability“	2,0	1,0	1,0		
34 Dingo 2 - Patrouille und Sicherung	24,4	10,0	11,4	3,0	Krauss-Maffei Wegmann
43 Notausrüstungen Wüste/Polar/Hochgebirge	1,0	1,0			JK Defence & Security
Feldlagerkomponenten (Zeltem Stromerzeuger, Wasserauf., etc.)	8,5	4,5	4,0		Kärcher, Serco, Drehtainer
6 Straßentanksattelzüge, geschützt	7,2		2,4	4,8	(Industrie Werke Saar, Rohr Fahrzeugwerke)
31 Straßentankwagen, schwer	19,1	2,9	16,0	0,2	Rohr Fahrzeugwerke
Chirurgisches Instrumentarium Einsatz	4,2		4,2		(u.a.: Aesculap, Karl Storz GmbH, HBH Medizintechnik, Braun Melsungen, Albert Storz, Allgaier Instrumente, Hauser Medizintechnik, Stryker Howmedica)
Radiologie im Einsatz	5,2		5,2		(Siemens, Philips, Ziehm)
A310 Flight Management System	5,3	0,7	2,9	1,7	(Lufthansa Technik)
20 Produktverbesserungen TPz Fuchs	17,7	10,7	0,7		Reihnmetall Landsysteme
Nutzungserhalt Schwimmkräne	10,8	3,4	7,4		Elsflether Werft
Luna, Mini SAR-Sensor	1,4	0,4	1,0		(EADS)
70 Wärmebildzielgeräte für Granatmaschinenwaffe 40mm	4,7	4,7			(AIM Infrarot Module)
10 Manipulatorfahrzeuge IED	3,5	1,75	1,75		(Telerob GmbH)
6400 Pistolen P8	3,2	3,2			(Heckler & Koch)
Vorbehalt	1,6				
Zwischensumme	201,2	56,2	94,9	48,5	
Finanzierung EP 14					
Mörserkampfsystem, Stufe 1, Le Panzer-mörser Wiesel	9,0	2,0	1,8	5,2	(Rheinmetall Landsysteme)
Le. Pzm Mungo	1,6			1,6	(Krauss-Maffei Wegmann)
Wirkmittel zur abstandsfähigen Bekämpfung von Zielen	22,0	4,2	12,2	5,6	(Rheinmetall Defence Electronics)
Gerichtete Infrarot Gegenmaßnahmen	21,8		0,5	12,5	2012: 9,3(EADS, Diehl)
Gesamtsumme	255,6	62,4	109,4	72,8	9,3 (2012)

* Auftragnehmer, die noch nicht sicher feststehen, sind eingeklammert

Quelle: Bundesministerium der Verteidigung

Angola: Korruption und Aufrüstung mit deutscher Hilfe

von Emanuel Matondo

Als im April 2008 das mit Kriegsmaterialien vollgeladene Schiff „An Yue Jiang“ aus China in Richtung Südafrika steuerte, forderte die Welt eine sofortige Rückkehr des tödlichen Frachters, weil die Waffenlieferung für den „bösen“ Diktator aus Simbabwe, Robert Mugabe, und seine Armee bestimmt war. Viele Stimmen, in Afrika wie aus dem Westen, erhoben sich gegen die Regierung Südafrikas und protestierten gegen die Gefälligkeitspolitik gegenüber China und gegen den Schulterchluss mit dem brutalen Diktator aus dem Nachbarland Simbabwe. Manche Länder aus dem Westen versuchten, Südafrika politisch unter Druck zu setzen, um das Land von dieser Art der „Militärhilfe für den Diktator“ abzubringen und die Lieferung zu blockieren. Deutschland seinerseits griff zu einer kreativen Methode. Die öffentliche Förderbank KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) ließ das Schiff samt Ladung im Vorfeld von einem südafrikanischen Gericht in Durban pfänden.¹ Ein örtliches Inkasso-Unternehmen hatte damit die juristische Befugnis bekommen, das Schiff zu beschlagnahmen, um eine Forderung im Wert von angeblich 40 Millionen Euro einzutreiben, welche dem simbabwischen staatlichen Unternehmen „Iron & Steel Company“ zum Bau eines Stahlwerks im Jahr 1998 als Kredit bewilligt worden war. Aber das Schiff legte gar nicht erst in einem südafrikanischen Hafen an. Den Hafen- und TransportarbeiterInnen Südafrikas und deren einflussreicher Gewerkschaft gelang es, durch laute Proteste und massiven Widerstand, den Frachter von Mugabe gerichtlich zu stoppen und die Waffenlieferung aus China über das Land am Kap zu blockieren. Auch der internationale Dachverband der Transportarbeiter hatte sich diesem Widerstand angeschlossen und mobilisierte sowohl Hafentarbeiter als auch Flughafenangestellte und Eisenbahner aller afrikanischen Länder.

Angola als strategischer Partner Deutschlands

Erst mit diesem Fall wurde vielen klar, welche Bedeutung China auf dem afrikanischen Kontinent hat, insbesondere im Waffengeschäft. China ist Rüstungslieferant für die afrikanischen Autokraten. Es lässt sich

überall in Afrika nieder und macht den alten Kolonial- und Supermächten die Ausplünderung streitig.

Viele westliche Regierungen wollen diese jedoch den Chinesen nicht allein überlassen. Um deren Einfluss entgegenzutreten, sprechen fast alle Regierungen Europas oder des Westens von einer „strategischen Partnerschaft“² mit den Ländern Afrikas und fordern den Ausbau der Beziehungen. Der Westen braucht neue Ölquellen, die Autokraten Afrikas Rüstungsgüter, um ihre instabilen Regime zu stützen. Ziel ist, den Zugriff auf den ressourcenreichen Kontinent auszubauen und China damit zu verdrängen.

In diesem Zusammenhang hatte die deutsche Bundesregierung im Jahre 2005 das Land Angola zu „dem strategischen Partner Deutschlands“ erkoren. Trotz Diktatur unter dem Präsidenten Dos Santos, Repression und struktureller Gewalt gegen die eigene Bevölkerung und obwohl die Zentralregierung Angolas weiterhin Krieg gegen Separatisten unter starker und überproportionaler Militärpräsenz in der erdölreichen Exklave Cabinda führt, gilt das Land für viele Amtsträger und Wirtschaftsbesitzer als „sozial und politisch stabil“. Deshalb wurden keine Bedenken für die Lieferung von Waffen und sonstiger Kriegsmaterialien nach Angola gesehen.

Es scheint wohl, dass die Wirtschaftsverbände die Angola-Politik der Bundesregierung bestimmen und ihre Lobbyisten die Geschäftsfelder festlegen.³ Waffenhandel und die Lieferung von Kriegsmaterialien sind lukrativ, ebenso wie die Ausbeutung von Erdöl und sonstiger Ressourcen sowie die Beteiligung an Mammutprojekten, wie der Wiederaufbau der Eisenbahnlinien Benguela und Moçamedes.⁴

Schon während des Kalten Krieges hatte Angola unter der MPLA gute Beziehungen mit dem ideologischen Bruderland DDR unterhalten, von dem das angolische Regime jahrzehntelang Rüstungsgüter bezog und Militärberater ins Land holte. Als die DDR Ende 1989 zusammenbrach, wurde Gerüchten nach ein Teil der überflüssigen Landminen nach Angola verkauft. Nach dem Mauerfall, als die neue Bundesrepublik noch zögerte, die Geschäftspartnerschaft mit Angola zu starten, wussten

GASTBEITRAG

die großen Banken wie Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank oder Bayerische HypoVereinsbank, wie gut und schnell sich in dem südwestafrikanischen Land Gewinne erzielen lassen. In den letzten 15 Jahren sind diese deutschen Banken – neben französischen, schweizerischen und britischen – zu den besten privaten Kreditgebern und finanziellen Förderern der korrupten Regierung Angolas aufgestiegen. Nach Insiderinformationen haben sie kräftig an der Ausplünderung der Erdölressourcen und der Kriegswirtschaft mitverdient. Französische Banken hatten sogar direkt den langjährigen Bürgerkrieg mit finanziert, wie sich den Ermittlungen um die Waffenhändler Pierre Falcone und Arcadi Gaydamak im Angolagate-Prozess entnehmen lässt.⁵

Nach Informationen aus Angola machten sich seit dem Jahr 2003 andere Finanzinstitutionen, wie die Commerzbank, zu Fürsprechern der angolischen Autokraten, insbesondere in Deutschland.⁶ Bei der Kreditvergabe oder zur Abwicklung von Geschäften spielte es für sie keine Rolle, dass es in Angola Korruption und Vetternwirtschaft gibt, Einnahmen aus den Ressourcen durch den Präsidenten unterschlagen werden, die Regierungsführung schlecht ist und es an Transparenz der Staatsfinanzen mangelt. Seitdem geben sich Politiker aus dem Westen am Palast von Dos Santos die Klinke in die Hand, um mit ihm ins Geschäft zu kommen. Aus Deutschland kommen Staatssekretäre, Banker und altbekannte Rüstungslobbyisten, die sich als Türöffner einen guten Namen bei Dos Santos gemacht haben und deshalb auch als Berater auf der Gehaltsliste der angolischen Regierung sind.⁷ Sie werben als Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für ein verstärktes Engagement Deutschlands, auch im Rüstungs- und Militärssektor.

Kriegsschiffe aus Deutschland

Seit 2005 ist bekannt, dass sich hochrangige Mitglieder der angolischen Armeeführung und Manager deutscher Rüstungsfirmen gegenseitig besuchen und über Verträge in Milliardenhöhe diskutieren. Nach vertraulichen Quellen wurde 2006 in Hamburg über den Kauf von Korvetten mit den Managern der Firma Blohm & Voss verhandelt, einer Tochtergesellschaft des deutschen Waffenproduzenten Thyssen-Krupp Marine Systems (TKMS). Später im Jahr folgte ein Gegenbesuch in Angola, wo dem Chef des Militärbüros des angolischen Präsidialamtes, General Manuel Hélder Vieira Dias, ein Angebot für den Verkauf von Korvetten im Wert von über 700 Millionen US-Dollar unterbreitet wurde.⁸

Dieser General ist in Angola unter dem Kriegsnamen Kopelipa bekannt. Er gilt als mächtigster Mann hinter dem Präsidenten und ist nicht nur Chefeinkäufer von allen Rüstungsgütern der angolanischen Armee, sondern auch Leiter der „Abteilung für den Nationalen Wiederaufbau Angolas“. Niemand, der in Angola ins Geschäft kommen will, kommt an ihm vorbei. Dem General vertraute der angolanische Präsident Dos Santos im Jahr 2005 die Aufgabe an, ein militärisches Konzept zur Lösung der Separatisten-Frage in der erdölreichen Exklave Cabinda zu entwickeln und Friedensgespräche mit einem breiten Bündnis aus lokalen Kirchen, zivilgesellschaftlichen Gruppen und der bewaffneten Separatistenorganisation FLEC (Frente para a Libertação do Enclave de Cabinda) im Hintergrund zu steuern. Als Strippenzieher sabotierte der General die Verhandlungen für einen nachhaltigen Frieden, setzte auf Eskalation und verstärkte die Militarisierung der Exklave. Den Verhandlungsführer des lokalen Bündnisses setzte die Regierung erst massiv unter Druck, zettelte dann seine Verhaftung in den Niederlanden an und gab ihm am Ende eine Ministerstelle ohne Aufgaben. Überall, wo Kopelipa im Spiel ist, blühen Korruption und Bestechung. Bei Waffengeschäften gilt er als großzügig und zahlt gerne „gegen Kommission“, um Händler und Amtsträger problemlos zum Verkauf zu bewegen bzw. Unterschriften und Genehmigungen für die Ausfuhr der heißen und tödlichen Waren zu bekommen. So war es Ende der 90er Jahre in der Schweiz, als der General mitten im Bürgerkrieg Rüstungsgüter der halbstaatlichen Firma RUAG kaufte, darunter 2.000 ausgemusterte Armeefahrzeuge, und diese ohne offizielle Genehmigung ausgeführt wurden. Bei

diesem Geschäft flossen große Summen als Kommission auch an zwei oder drei hohe Beamten des dortigen Verteidigungsministeriums. Seit dem Jahr 2001 laufen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Bern sowohl gegen den angolanischen General als auch gegen alle Beteiligten.⁹

Als im Zuge von Ermittlungen über die Lieferung von vier Kriegsschiffen von TKMS an die südafrikanische Marine auch die Verhandlungen zwischen dieser Firma und Angola durchleuchtet wurden, kamen die Manager der Firma und die Einkäufer aus Angola auch in das Visier der Staatsanwaltschaft in Düsseldorf. Es gäbe einen Anfangsverdacht auf Korruption bei dem Verkaufsangebot. Das ist keine Neuigkeit! Trotz der Ermittlungen ist Angola weiter an Rüstungsgütern aus Deutschland interessiert, so auch bei der Bremer Lürssen-Werft. Nach gesicherten Informationen aus der angolanischen Hauptstadt Luanda soll die Lürssen-Werft ein Angebot für die Lieferung von vier Fregatten und drei Korvetten unterbreitet haben.¹⁰ Andere Quellen sprechen von einem Milliardenbetrag für die Anschaffung der High-Tech Kriegsschiffe. Dies war wohl auch einer der Gründe dafür, dass Präsident Dos Santos Ende Februar 2009 auf Initiative des inzwischen ausgeschiedenen Wirtschaftsministers Michael Glos (CSU) nach Berlin kam. Er war von der Bundesregierung eingeladen worden, unter Mitwirkung von Rüstungslobbyisten und zwei Wirtschaftsverbänden.¹¹ Mit dem Besuch war beabsichtigt, „offene Fragen zum Abschluss von Verträgen sowohl für die Lieferung von vier Fregatten als auch für die Aufnahme neuer Kredite zu klären und Hindernisse auszuräumen“.

Win-Win Beziehung

Die angolanischen Autokraten sprechen

von „Win-Win-Beziehung“. Deutschland brauche eine Diversifizierung der Erdöllieferungen, Angola brauche Technologie „Made in Germany“ für die „eigene Sicherheit oder zur Landesverteidigung“, spricht: Waffen. Kein Wort war in diesem Zusammenhang zu hören über Angolas regionale Machtansprüche im südlichen Afrika. Kein Wort zur Besetzung von Teilen der Demokratischen Republik Kongo, darunter die Besetzung von zwölf Dörfern in Kahemba (Provinz Bandundu) und weiterer Dörfer in der Provinz Bas-Congo. Kein Wort davon, dass Angola an der Küste der Demokratischen Republik Kongo bei der Stadt Moanda illegal Öl fördert und sogar unrechtmäßig Gebietsansprüche auf die ressourcenreichen Gewässer des Nachbarlandes erhebt.¹²

Rüstung statt Soziales

Angola brauche schwere Waffen, um die erdölreichen Gewässer auch mit Gewalt zu schützen, so lassen es ideologische Fundamentalisten des angolanischen Systems verlauten. Mit einer Modernisierung der Marine durch deutsche Fregatten könnte man dem besser gerecht werden, da sind sich Autokraten wie Rüstungseinkäufer Angolas einig. Eigentlich aber dient die Aufrüstung dem Zweck, die hegemoniale Rolle in der Region zu stärken, wie sich einem vertraulichen Papier aus Luanda entnehmen lässt. Die Rüstungsinvestitionen seien nötig, um „die militärischen Fähigkeiten der Armee zu verbessern. Damit kann Angola seine künftige Funktion – im Auftrag der USA – zur militärischen Überwachung und Kontrolle der südlichen bis hin zu den westafrikanischen Gewässern um den erdölreichen Golf von Guinea besser erfüllen.“¹³

Um dies leisten zu können, wurde der Militäretat für das Jahr 2010 um mehr als 17% erhöht, während die Etats für Soziales und Wirtschaft erheblich gekürzt wurden. Die Regierung hat umfangreiche Bestellungen getätigt. Aus Russland werden Destroyer geliefert. China verkauft Waffen im Wert von mehreren Hundert Millionen US-Dollar. Aus Israel werden „Waffen und Werkzeuge für operative Aktionen der Luftwaffe“¹⁴ bezogen und „zur Instandsetzung von Geräten“. Darüber hinaus plant die angolanische Regierung den Aufbau eines Radar-Netzwerkes zur Überwachung des gesamten Luftraumes und „sonstiger Tätigkeiten in der Region“.¹⁵ Und die angolanische Regierung meldete ebenso Interesse an der Nukleartechnologie an, zunächst „für zivile Zwecke“.¹⁶ Wir wissen, dass alle autokratischen und despotischen Regime Ähnliches verlauten ließen, bevor sie zu atomaren Mächten aufstiegen. Nordkorea schickte auf jeden Fall



Dos Santos zu Besuch beim deutsch-angolanischen Wirtschaftsforum, Foto: DIHK

schon mal ein Team für Sondierungsgespräche nach Luanda, während die Atomenergiebehörde der UN in Wien „keine Bedenken“ gegen eine zivile Nutzung sieht. Dabei hätte das Land die für Rüstung aufgewendeten Milliarden dringend nötig, um direkte Investitionen in lebenswichtigen Bereichen umzusetzen. Angola ist immer noch ein „unterentwickeltes Land“. Dringend notwendig wären Investitionen in das marode Gesundheitssystem, für Bildung sowie Landwirtschaft und letztlich zur Sicherung der Versorgung von massenhaft an Hunger sterbenden Kindern.

Vertragsabschlüsse mit dem Machthaber

Aber die Rüstungslobbyisten sorgten in Deutschland erfolgreich für offene Türen.¹⁷ Es gab keine Bedenken gegen die Rüstungsgeschäfte. Es wurden Verträge über die „strategische Partnerschaft“ geschlossen, für einen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und die Eröffnung eines „Goethe-Instituts“ in der Hauptstadt Luanda. Zudem gab es Abschlüsse mit der BHK-Bank und der Commerzbank „über die Finanzierung von Exportkrediten mit einem Gesamtvolumen von 500 Millionen Euro“.¹⁸ Auch wenn der Vertragsabschluss mit der Bremer Lürssen-Werft zunächst vertagt wurde, irgendwann wird er diskret abgeschlossen werden.

Bemerkenswert war, welche Lobbyisten beim Besuch von Dos Santos mitwirkten. Nach Unterlagen einer Konferenz, die von der „deutsch-angolanischen Wirtschaftsinitiative“ (DAWI)¹⁹ aus diesem Anlass organisiert wurde, gehören einige Lobbyisten der alten Garde für Rüstungsgeschäfte und Waffenschibereien durch Deutschland an. Die meisten von ihnen sind Parteifreunde der alten und neuen Dienstherren vom Bundeswirtschaftsministeriums, also der CSU: ehemalige Staatssekretäre oder Politiker, die sich gerne als Berater der angolanischen Regierung und dessen Präsidialamtes ausgeben, so z.B. Dr. Erich Riedl (CSU).²⁰ Andere, wie das Vorstandmitglied der Hans-Seidel-Stiftung der CSU, Wilfried Scharnagl, betreiben Imagepflege für das angolanische Regime.²¹ Die meisten stammen aus einem politischen Kreis, der früher die angolanische Rebellenorganisation UNITA unter dem inzwischen verstorbenen Jonas Savimbi unterstützt hat. War es einst der brutale Rebellenchef der UNITA, der mit seinen Freundschaften seine Macht gesichert hat, so ist es nun sein damaliger Gegenspieler, Präsident Dos Santos.

Emanuel Matondo ist angolanischer Kriegsdienstverweigerer und Gründer der Angolanischen Antimilitaristischen Menschenrechtsinitiative (IAADH). Seit zehn

Jahren arbeitet die Gruppe gegen Krieg und Unterdrückung, gegen Korruption und Menschenrechtsverletzungen in Angola. Sie rief zur Kriegsdienstverweigerung auf und unterstützte verschiedene Friedensinitiativen im Land auf internationaler Ebene. Weitere Infos unter www.iaadb.de. Gekürzte Vorabveröffentlichung aus Rundbrief „KDV im Krieg“ (September 2009) von Connection e.V. <http://www.connection-ev.de/s.php?s=Rundbrief%20BBKDV%20im%20Krieg%20AB>

Anmerkungen

¹ Simbabwe – „Schiff der Schande“ demonstriert Mugabes Schwäche, von Karl-Ludwig Günsche aus Kapstadt, Der Spiegel Online, 23. April 2008.

² Angola ein strategischer Partner für Deutschland? – Gute Chancen für die deutsche Wirtschaft, Vortrag von Dr. Erich Riedl, Parlamentarischer Staatssekretär a.D., Luanda/Angola, den 24. März 2006, siehe: http://www.botschaftangola.de/wirtschaft/Bericht_ER_BMWA_210306.pdf; Angola - Luanda wünscht strategische Partnerschaft mit deutscher Wirtschaft. Morais: Potenzial für Verzehnfachung des Handels/Pariser Club wird bedient, in Dow Jones News, Frankfurt/Main 28.09.2006; Angolan and German leaders agree on cultural and economic ties, DPA, Berlin, 27. Februar 2009.

³ So z.B. durch die Deutsch-Angolanische Wirtschafts-Initiative, siehe http://www.dawi-initiative.com/www/index.php?site=home&col_id=1.

⁴ Deutsche Fachmänner bewerten die Moçamedes-Eisenbahn, Portal der Republik Angola, angolanische Botschaft, Berlin 30. April 2002, siehe: <http://botschaftangola.de/content.php?nav=news/archiv&year=2002&month=4>.

⁵ „All the Presidents' Men“ - The devastating story of oil and banking in Angola's privatised war. A Global Witness Report, London, März 2002; siehe auch Veröffentlichungen der französischen Ermittlungsrichter um den Angolagate-Prozess.

⁶ Bundesdeckung für Milliarden-Öldeal mit Angola beantragt - NfA/Manager Magazin/Dow Jones News, Frankfurt am Main 29. September 2006; Auch nach Bestätigung von Oppositionellen und Insidern aus Luanda/Angola.

⁷ So z.B. der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär Dr. Erich Riedl. Bestätigt aus Angola, wie auch von ihm selbst in seinem Vortrag: Wirtschaftliche Entwicklungen in Angola, München, den 12. September 2005, siehe: http://www.botschaftangola.de/wirtschaft/Bericht_ER_BMWA_020905.pdf; er ist auch im Vorstand der Deutsch-Angolanischen Wirtschaftsinitiative (DAWI e.V.).

⁸ Whiff of rot in Angolan arms deal, Mail&Guardian, South Africa, February 15, 2008; German prosecutors investigate Thyssen-Krupp unit, Reuters, Frankfurt, 9. Februar 2008.

⁹ Nachschub aus der Schweiz. Ein Luzerner lieferte über 2000 Armeefahrzeuge ins Bürgerkriegsland Angola – mit Wissen von heutigen Ruag-Verantwortlichen. Die Geschäfte wurden über eine slowakische Firma abgewickelt. Empfänger: General Manuel Hélder Vieira Dias,

Nachrichtenmagazin FACTS 04/20-018 v. 13. Mai 2004, Zürich, Schweiz.

¹⁰ Angola mulling corvette, patrol boat buy, in Defence Web, 18. März 2009; Angola – Kauf deutscher Schiffe geplant, AFP nach Bekanntgabe durch mehrere unabhängige Medien Angolas in Luanda, 24. Februar 2009; Merkel betont Bedeutung der Entwicklungshilfe für Afrika (nach ihrem Treffen mit dem angolanischen Präsidenten José Eduardo dos Santos in Berlin), Waldeckische Landeszeitung - Frankenberger Zeitung, 27. Februar 2009, siehe: <http://admin.wlz-fz.de/newsroom/politik/zentral/politik/art1013,811608>.

¹¹ Pressemeldungen während des Angola-Besuchs von Michael Glos, Bundeswirtschaftsminister, mit einer Wirtschaftsdelegation.

¹² RDC/Bas Congo - Mbanza Ngungu : l'armée angolaise occupe deux villages, Radio Okapi, 3. März 2009; RDC/Bas Congo - Matadi: l'armée angolaise confirme qu'elle reste sur le sol congolais, Radio Okapi, 7. März 2009; Angola and Congo eye end to border, oil dispute. Reuters, Luanda, 21. April 2009; auch nach Berichten der Menschenrechtsorganisationen aus der DR Kongo.

¹³ Vertrauliche Dokumente aus Angola über die militärische Kapazität und die neue Rolle des Landes in der Region.

¹⁴ Idem.

¹⁵ Idem.

¹⁶ Angola takes first steps towards nuclear power, MacaHub 7. Mai 2007; auch nach eigener Angabe von angolanischen Technologie- & Energie-Ministern Anfang 2005 sowie nach Meldungen der staatlichen Presseagentur Angop.

¹⁷ Siehe die Zusammensetzung der DAWI und die Ziele aus ihrer Satzung, dies gibt sich als „Türöffner“ für das Regime Angolas in Deutschland an.

¹⁸ Siehe Pressemitteilungen der Bundesregierung und sonstiger Wirtschaftsinstitutionen während und nach dem offiziellen Besuch des angolanischen Despoten José Eduardo dos Santos in Deutschland sowie nach seinem feierlichen Empfang von Wirtschaftsvertretern in Berlin, vom 26 bis 27. Februar 2009.

¹⁹ Visita oficial do Ditador angolano José Eduardo dos Santos na terra germanica e o “Segundo Fórum Económico Alemão-Angolano”, 27 de Fevereiro de 2009, na Casa da Economia Alemã, Berlin, ein internes kommentiertes Papier aus Angola über den Besuch des angolanischen Präsidenten in Deutschland.

²⁰ Nach eigener Angabe, siehe Fußnote Nr. 6.

²¹ Seine private PR-Firma ics – individual communication services GmbH & Co. KG (<http://www.individual-cs.com>) fungiert als Kontaktstelle für die DAWI und gehört auch zu jenem Kreis der Persönlichkeiten aus der Politik, die die Förderung des korrupten Dos Santos Regime in Deutschland forcieren, dank Imagepflege. Mit seinem Geschäftspartner Rainer Dzösch gilt er als Ansprechpartner für die DAWI, bei der laut Unterlagen hochrangige Persönlichkeiten aus Angola aus dem engeren Umkreis des umstrittenen Präsidenten Dos Santos als Vorstandmitglieder neben deutschen Banken- und Konzernmanagern aktiv agieren.

Landbesitz: Eine Frage der Sicherheit !

von Klaus Pedersen

Land ist die Grundlage der Ernährung und die Basis für Reichtum und Macht. Die Verfügungsgewalt über Land bietet Sicherheit. Veränderungen beim Landeigentum sind gleichermaßen Ausgangspunkt und Resultat von Konflikten.

Zu Recht schlugen Organisationen wie GRAIN im Oktober 2008 Alarm¹, weil Staaten und Investmentgesellschaften in einen Kaufrausch verfallen sind, bei dem riesige Ländereien, vor allem in Afrika, durch Pacht oder Eigentumsüberschreibung ihren Besitzer gewechselt hatten oder noch wechseln sollten. Das Phänomen ist vielschichtig, und die Ereignisse in den letzten zwei Jahren repräsentieren nur die Spitze eines Eisbergs, der seit rund zwei Jahrzehnten durch die neoliberalen Gewässer drifft. Doch das „Kaufrausch“-Phänomen bewegte die Gemüter so heftig, dass nicht nur kritische NGOs, sondern auch Thinktanks und mächtige Institutionen in kurzer Abfolge dazu Analysen veröffentlichten², Konferenzen veranstalteten³ und Studien in Auftrag gaben.⁴

Die Vorgeschichte

Regional unterschiedlich, findet seit über 10 Jahren ein globales Roll-back der (teilweise rudimentären) postkolonialen Landreformen statt. Staatliche Landreformprogramme wurden nach Entzug der Finanzmittel durch die Weltbank im Jahr 1983 zum Auslaufmodell. U. Hoering gab in seinem Buch „Agrar-Kolonialismus in Afrika“ einen kompakten Überblick zu dessen grundlegenden Prozessen. Er datierte den Beginn der „neuen“ Umverteilung auf den Anfang der 90er Jahre, als die Weltbank in Brasilien, Kolumbien und Südafrika ihr Konzept einer „marktgestützten“ Landreform erprobte, die auf Strukturanpassungsmaßnahmen zugeschnitten war⁵. (S.87)

Der erste wichtige Schritt in diesem Prozess war und ist die „Klärung“ der Besitzverhältnisse nach westlichem Vorbild. Traditionell gehört Land in Afrika, basierend auf Wohnheitsrecht, den dörflichen Gemeinschaften. Das sollte kein Grund zur Romantik sein, denn hinter dieser scheinbaren dörflichen Idylle verbergen sich nicht selten quasi-feudale Strukturen und in aller Regel streng patriarchale Verhältnisse. Dieser nicht erstrebenswerte Zustand

könnte nach Hoering aber „in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung ... als Ausgangspunkt für Verbesserungen genutzt werden“⁵. (S.93) Stattdessen jedoch rollt die Privatisierungswelle: Durch „Entwicklungshilfe“ werden nationale Regierungen dazu gebracht, rechtliche Rahmenbedingungen und somit Investitionssicherheit zu schaffen – eine Grundvoraussetzung für die Integration ländlicher Gebiete in den Weltmarkt. Dabei ist die Ausgangssituation regional sehr heterogen: Während Ende der 90er Jahre zum Beispiel in West- und Zentralafrika Landbesitz vermutlich zu mehr als 90% durch traditionelle, nicht schriftlich fixierte Rechte geregelt war, gab es in Kenia bereits für ein Drittel des Landes juristische Titel⁵. (S.83) In anderen Ländern wurde nach dem Ende der Kolonialzeit der Boden vielfach zu Staatseigentum erklärt und (weiterhin) traditionell genutzt. In Angola, Äthiopien, und Mocambique, die in den 1970er/80er Jahren die Unterstützung des sozialistischen Lagers genossen, wurde privater Großgrundbesitz enteignet und danach kollektiv bzw. staatlich bewirtschaftet.

Mit Implementierung der Strukturanpassungsprogramme begann für viele Länder des Südens die oben erwähnte „Klärung“ der Besitzverhältnisse nach westlichen Vorgaben. Trotz gegenteiliger Beteuerungen seitens der mächtigen Institutionen (Weltbank, G8-Regierungen etc.) und ausführender Organe wie der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) kam es durch die Bodenkataster-Projekte eben nicht zu einem besseren Schutz der Kleinbauern, sondern zu ihrer neuerlichen Vertreibung, verbunden mit einer teils verdeckten, teils unverhohlenen Privatisierung von öffentlichem Land.⁵ (S.84) So rief das Katasterprojekt der GTZ in der Region des Biosphärenreservats Rio Plátano, Honduras, im Jahr 2006 Proteste von indigenen und Bauernorganisationen hervor⁶, und die Abschaffung der verfassungsmäßigen Garantien der Unverkäuflichkeit von Gemeindeland (Ejido-Land) war nicht zuletzt ein wichtiger Auslöser für den zapatistischen Aufstand zu Beginn des Jahres 1994 in Chiapas, Mexiko.

Neokoloniale Landnahme gab es bereits vor dem Ausbruch des oben genannten

großen Kaufrauschs. So erwarb beispielsweise im Jahr 2001 die Hamburger Kaffee-firma Neumann 2.000 Hektar in Uganda, um dort die größte Kaffeeplantage des Landes anzulegen, was die Zwangsumsiedlung von 2.000 Menschen zur Folge hatte, vgl.⁵, S. 84. Als weiteres Beispiel seien die in US-amerikanischer Hand befindlichen *Dominion Farms* erwähnt, die im Jahr 2004 mit der kenianischen Regierung einen 25-jährigen Pachtvertrag für eine Fläche von 2.300 Hektar in der Nähe des Viktoriassees abschlossen. Der lokalen Bevölkerung wurde versprochen, dass sich das Unternehmen auf diese Fläche beschränken würde. Inzwischen nutzen die *Dominion Farms* 14.000 Hektar und überfluteten zur eigenen Stromgewinnung (Kleinstaudamm) große Flächen Gemeindeland.⁷

Die neue Dynamik

Der längerfristige Prozess der Kommodifizierung der Welternährung mit der vorgeschalteten privaten Aneignung des Produktionsmittels Boden wird seit kurzem durch mehrere einschneidende Ereignisse beschleunigt. Dazu zählen (a) der von der 2008er Preisexplosion im Nahrungsmittelbereich betriebene Strategiewechsel finanzstarker importabhängiger Länder, durch Kauf oder Pacht von Flächen im Ausland weniger abhängig von Lebensmittelimporten zu werden, (b) die von der Finanzkrise verursachte Suche der Investmentbanker nach sicheren Anlagen – Grund und Boden statt Hedgefonds und Derivate lautet die Devise, (c) das Streben reicher Länder, durch den Anbau von Agrotreibstoffen die energetische Basis zu diversifizieren, (d) die langfristige Absicherung gegen zu erwartende Ernteausfälle infolge des Klimawandels und der globalen Bodenmüdigkeit. Die Inbesitznahme von Grund und Boden und den sich daran anschließenden Transfer landwirtschaftlicher Produkte gibt es bereits seit der Kolonialzeit. Doch während in der Vergangenheit die „Kolonialwaren“, d.h. Tee, Kaffee, Kakao bis hin zu Schnittblumen und in jüngerer Zeit Soja für die Tierernährung im Vordergrund standen, geht es jetzt um die massenweise Ausfuhr von Grundnahrungsmitteln – Reis, Getreide, Mais – sowie Agrotreibstoffen.

Allein Äthiopien, Ghana, Madagaskar, Mali und Sudan schlossen mit Investoren aus dem Norden in den letzten 5 Jahren Landnutzungsverträge über 2,5 Millionen Hektar ab.⁴ Der tatsächliche Umfang dieser Landnahme ist infolge eines Dickichts aus unterschriebenen bzw. umgesetzten Kauf- und Pachtverträgen, noch offenen Absichtserklärungen, intransparenten Transaktionen sowie rückgängig gemachten und teilweise

in anderer Form reaktivierten Abkommen kaum überschaubar. Die Summe der von GRAIN¹ aufgelisteten Transaktionen für die Zeit von Januar bis Oktober 2008 (angekündigte und vollzogene) beläuft sich auf 22 Millionen Hektar. Nach Schätzungen des *International Food Policy Research Institute* (IFPRI) dürfte die Fläche der seit 2006 rechtskräftig gewordenen Kauf- und Pachtverträge die 20-Millionen-Hektar-Marke erreichen⁸, was mehr als der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der BRD entspricht.

Besonders problematisch ist die Abtretung von Flächen in Ländern, die auf der „Hungerliste“ der Welternährungsorganisation (FAO) stehen: In Angola, Äthiopien, Kambodscha, Kamerun, Kenia, der Demokratischen Republik Kongo, Malawi, Pakistan, Sudan und Tansania ist jeweils mehr als ein Fünftel der Bevölkerung unterernährt⁹ und alle stehen auf der Empfängerliste des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen. Die Befürworter solcher Geschäfte argumentieren, dass dies eine Chance böte, die „Entwicklung“ in den „Gastgeberländern“ (*Host countries*) ist der gern verwendete Begriff im anglo-amerikanischen Sprachraum) anzukurbeln. Die Argumente der Protagonisten solcher Deals reichen von der produktiven Nutzung angeblich ungenutzter Flächen, über Technologie-Transfer und „Miternährung“ der Bevölkerung des „Gastgeberlandes“ bis hin zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Dass diese Form der „Entwicklungszusammenarbeit“ mit Risiken verbunden ist, d.h. mit erheblich mehr Risiken als der üblichen Entwicklungs“hilfe“ ohnehin anhaften, wird von den mächtigen Institutionen (FAO, Weltbank) ebenso anerkannt wie von den Thinktanks (IFPRI etc.). Doch das

Eingeständnis wird sogleich mit dem Ruf nach Richtlinien abgeschwächt, die eventuellen Missbräuchen entgegenwirken sollen. Da die Lawine der neoliberalen Landnahme aber bereits rollt, könne nur eine schnelle Lösung Abhilfe schaffen. Freiwillige Richtlinien und Verhaltensappelle sind die einzigen, aber unwirksamen Instrumente, die überhaupt eine Chance hätten, so zügig verabschiedet zu werden, dass dann wenigstens ein Teil der Beute noch nicht verteilt ist. Eingedenk jahrzehntelanger, negativer Erfahrungen selbst mit verbindlichen internationalen Regelungen, die trotzdem an Korruption, fehlendem politischem Willen oder mangelnden Ressourcen für ihre Durchsetzung gescheitert sind, dürften solche freiwilligen Richtlinien weniger Wert haben als ein Wahlversprechen. Konsequenterweise bezeichnet Hoering die geplanten Regeln als „Leitlinien für Landraub“ und bringt seine Verwunderung zum Ausdruck, dass selbst Nichtregierungsorganisationen wie FIAN „... glaub(en), solche unverbindlichen und auslegungsfähig formulierten Richtlinien könnten ein Instrument für soziale Bewegungen, betroffene Bevölkerungsgruppen und die Zivilgesellschaft werden, um den Anspruch auf Land und natürliche Ressourcen zu demokratisieren“.¹⁰

Die vermeintlichen Vorteile

Ein prüfender Blick auf die vermeintlichen Vorteile von Verkauf und Verpachtung der riesigen Ländereien lässt erhebliche Zweifel an deren Tragfähigkeit aufkommen.

Argument Nr. 1: *Es werden bislang ungenutzte Flächen produktiv gemacht* – mit anderen Worten, die Landnahme hat *a priori* keinen negativen Einfluss auf die örtliche Bevölkerung. Das Argument ist

natürlich vollkommen zutreffend, wenn man nur das als wirtschaftliche Aktivität gelten lässt, was in die globalen Warenströme und makroökonomischen Kennziffern der Weltbank einfließt. Es ignoriert die Tatsache, dass bei einem großen Teil der Weltbevölkerung der Lebensunterhalt auf ganz andere Weise erfolgt und nicht auf dem Verkauf der Arbeitskraft basiert, sondern auf Weiderechten, Zugangsrechten zu Wasser, der Verfügbarkeit von Heilpflanzen, dem lokalen Austausch von Gütern usw. Dieses Argument negiert die Perspektive, dass dieses oftmals harsche und in seinem jetzigen Zustand häufig nicht erstrebenswerte Leben zum **Ausgangspunkt** für Verbesserungen gemacht werden könnte, statt es auszulöschen. Verbunden mit dem Auslöschen der kulturellen und wirtschaftlichen Basis dieses nicht in die Logik des Weltmarkts passenden Lebens ist das Versprechen eines neuen „modernen“ Lebens, das sich dann für eine verschwindende Minderheit – die neue Mittelschicht des Südens – materialisiert und parallel dazu die große Mehrheit in die Slums der Metropolen des Südens, brutale Lohnsklaverei oder an die Mauern der „Festung Europa“ treibt.

Argument Nr. 2: Die Nutzung der verkauften und verpachteten Flächen durch die neuen ausländischen Eigentümer wird zu einem *Technologie-Transfer in die Landwirtschaft des „Gastgeberlandes“* und somit zur Steigerung von dessen Produktivität führen. Zunächst scheiden sich hier die Geister an einem grundlegenden Punkt: Ist eine vom Agro-Business kontrollierte Landwirtschaft mit energieintensiven externen Inputs, gentechnisch veränderten Sorten und Monopolen an „geistigen Eigentumsrechten“ das Modell der Zukunft oder ist es ein Freifahrtschein in die ökologische und



Protest gegen Holzraub

soziale Katastrophe für die Mehrheit der Weltbevölkerung? Abgesehen von dieser grundsätzlichen Frage (vgl. auch Abschnitt „Risiken und Nebenwirkungen“), ist es schwer nachvollziehbar, warum profitorientierte ausländische Investoren eine größere Veranlassung zum Technologie-Transfer an lokale KleinbäuerInnen haben sollten als beispielsweise guatemaltekische Latifundienbesitzer gegenüber den Maya-Campesinos ihres Landes – und da ist er gleich Null.

Argument Nr. 3: Zunächst ist festzuhalten, dass es faktisch unmöglich ist, die Option der „Miternährung“ der Bevölkerung des „Gastgeberlandes“ durch die verpachteten hochproduktiven Flächen fundiert zu beurteilen. Bei der nahezu völligen Intransparenz der Vertragsinhalte besteht keinerlei Möglichkeit, die Verbindlichkeit entsprechender medienwirksamer Verlautbarungen zu überprüfen. Sofern es überhaupt zu solchen Verlautbarungen kommt, muss deren Wahrheitsgehalt zunächst dem von Werbeslogans gleich gesetzt werden. Hinzu kommt, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der verhökerten Flächen zur Produktion von Agrotreibstoffen genutzt wird – in diesem Fall wird das Argument der „Miternährung“ zur zynischen Floskel. Die explizite Strategie des *Outsourcing* der landwirtschaftlichen Produktion in Drittländer besteht darin, Preisfluktuationen auf dem Weltmarkt abzupuffern. Es ist also nur logisch zu erwarten, dass in Zeiten hoher Weltmarktpreise, wenn die „Miternährung“ der Bevölkerung des „Gastgeberlandes“ besonders dringlich wäre, die Ernte zu hundert Prozent ins „Mutterland“ transferiert wird. Falls dem vertragliche Klauseln entgegen stehen, ist leider die Vermutung nicht abwegig, dass die in vielen „Gastgeberländern“ verbreitete Korruption genügen dürfte, um die betreffenden Klauseln zu umgehen. Umgekehrt ist in Perioden niedriger Weltmarktpreise das Dumping eines Teils der Ernte im Herkunftsland zu befürchten – die notorischen EU-Agrarexporte nach Afrika haben da Maßstäbe gesetzt.

Argument Nr. 4: Dass in einer hochtechnisierten Landwirtschaft *Arbeitsplätze geschaffen* werden, darf getrost bezweifelt werden, denn das wäre entgegen sämtlichen historischen Erfahrungen. Es sei aber auf Argument Nr. 1 verwiesen – wenn man bei der Zählung von Arbeitsplätzen nur jenen Menschen den Besitz eines solchen zubilligt, die ihre Arbeitskraft verkaufen. Den „Eintausch“ von fünf subsistenzwirtschaftlichen Existenzgrundlagen gegen einen (schlecht bezahlten) Lohnarbeitsplatz (so etwa die Proportion bei der Etablierung von Palmölplantagen in Indonesien) kann man wohl nicht wirklich als Schaffung von Arbeitsplätzen bezeichnen.¹¹

Risiken und Nebenwirkungen

Die zu erwartenden Nachteile werden im Diskurs der Befürworter der neuen Landnahme völlig ausgeblendet. Das betrifft sowohl jene Protagonisten, die mit der Lobpreisung der vermeintlichen Vorteile dieser Schachergeschäfte gern der neoliberalen „Trickle-down“-Theorie neues Leben einhauchen würden, als auch jene, die von einer sozial verträglichen Landnahme auf der Basis unverbindlicher Richtlinien und zahnloser Appelle fantasieren. Wer Verkauf und Verpachtung großer Landflächen in Drittländern akzeptiert oder gar befürwortet, spricht sich automatisch für eine industrielle Landwirtschaft aus und schlägt damit die Erkenntnisse, Befürchtungen und Vorschläge des Weltagrarrats (IAASTD) in den Wind – eines Gremiums von über 400 Wissenschaftlern, dessen abschließender 606-seitiger Bericht in diesem Jahr erschienen ist. In diesem Bericht wird eine klare und dringende Empfehlung zur wissenschaftlichen und ökonomischen Förderung kleinbäuerlicher Betriebe ausgesprochen. Obwohl der IAASTD-Bericht von 57 Regierungen gebilligt wurde, stehen die Chancen eher schlecht, dass dieser Ansatz in nächster Zeit zum dominierenden Modell einer zukunftsträchtigen, wahrhaft nachhaltigen Landwirtschaft zur Sicherung der Welternährung werden wird.

Viel mehr streben mächtige Akteure, die

das Scheitern der „Grünen Revolution“ des 20. Jahrhunderts nach wie vor bestreiten, heute nach einer „Neuen Grünen Revolution“ für Afrika. Die „alte“ Grüne Revolution hat maßgeblich zur Ermüdung der Ackerböden beigetragen (zwei Drittel der globalen Ackerfläche ist von Bodenmüdigkeit und folglich von stagnierenden oder sinkenden Erträgen betroffen).⁸ Ferner sind ihre Produktionsverfahren besonders bewässerungsintensiv, was dazu führte, dass heute 70% der Süßwasserressourcen für landwirtschaftliche Zwecke verwendet werden. Dem stehen etwa 1,8 Milliarden Menschen gegenüber, die bis zum Jahr 2025 von absoluter Wasserknappheit betroffen sein werden.⁸ Neben den unmittelbaren Auswirkungen des Wassermangels auf die Lebensbedingungen der betroffenen Menschen sind daraus resultierende Konflikte und gewaltsame Auseinandersetzungen vorhersehbar.

Aus der sich abzeichnenden Offensive der industriellen Landwirtschaft in den „Gastgeberländern“ ergibt sich nicht nur eine Präkarisierung der Lebensgrundlage der ländlichen Bevölkerung dieser Länder, sondern es erwächst auch eine akute Bedrohung der biologischen Vielfalt. In der Vergangenheit wurden weltweit Millionen von Menschen im Namen des Naturschutzes vertrieben oder zwangsumgesiedelt.¹⁵ Durch die neue Landnahme kommt es zu einer erneuten massenweisen Entwurzelung von Teilen der Bevölkerung und darüber hinaus infolge von Chemisierung und großflächigen Monokulturen zu einer massiven Umwelzerstörung. Insbesondere für Äthiopien, eines der gefragtesten Länder für die Befriedigung der Kauf- und Pachtwünsche, wird eingeschätzt, dass die reiche, aber schon jetzt fragile Biodiversität von den „Entwicklungs“plänen stark betroffen sein wird.

Triebkräfte der Landnahme

Bereits in der vor einem Jahr publizierten Analyse von GRAIN¹ wurden zwei wesentliche Interessengruppen unterschieden, die sich als Akteure der neuen Landnahme her-



vortun: (a) finanzkräftige Länder mit unzureichender landwirtschaftlicher Nutzfläche im Verhältnis zur Größe ihrer Bevölkerung und (b) Investmentfirmen, die – wie bereits oben erwähnt – nach sicher erscheinenden Anlagen bzw. einer Diversifizierung ihres Portfolios trachten. Oft ist es allerdings so, dass die Regierungen der Länder mit einer prekären Eigenversorgung ihre Privatunternehmen zur Landnahme ermutigen und sie dabei unterstützen.

Vor allem China, Indien, Japan, Libyen, Südkorea und die Golfstaaten (Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate) gehören nach Einschätzung von GRAIN zu den Ländern, denen keine ausreichende eigene Ernährungsbasis zur Verfügung steht und die deshalb am *Offshore farming* interessiert sind. Hinzu kommen europäische Investmentfirmen, die vor allem am Geschäft mit Agrotreibstoffen interessiert sind. Die Preisexplosion für Nahrungsmittel von 2007/2008 löste eine diplomatische Offensive aus, bei der sich hochrangige Politiker bemühen, mittels bilateraler Verträge den Zugang zum Ackerboden in anderen Ländern zu sichern.

Als Teil der Regierungsdelegationen oder nach erfolgter politischer Vorarbeit kommen dann Vertreter von Banken und Konsortien oder Einzelpersonen, wie Scheich Mohammed Hussein Ali Al Amoudi, zweitreichster Einwohner Saudi-Arabiens, der für die Übernahme von 200.000 Hektar in der äthiopischen Provinz Gambella die *Firma Saudi Star Agricultural Development Plc* gründete und dafür umgerechnet mehr als 50 Millionen Euro augeben will (10.000 Hektar hat er bislang unter Dach und Fach). Mit einer anderen, vor einem Jahr gegründeten Firma, *Horizon Ethiopia*, trachtet er nach weiteren 250.000 Hektar. In den Vereinigten Arabischen Emiraten und Qatar liegt der Migranten-Anteil bei 73% bzw. 75% der Gesamtbevölkerung. In den anderen Golfstaaten liegt der Prozentsatz ebenfalls hoch, wenngleich nicht bei drei Vierteln der Bevölkerung. Die Golfstaaten streben nach der Sicherung nied-

riger Lebensmittelpreise für diesen hohen Anteil billiger Arbeitskräfte und betrachten das *Offshore farming* als Mittel zum Erhalt des sozialen Friedens im eigenen Land.

Die Volksrepublik China beherbergt 20 Prozent der Weltbevölkerung auf neun Prozent der globalen Landfläche. China ist eines der Länder mit der geringsten Ackerfläche pro Kopf der Bevölkerung: Statistisch gesehen stehen für jeden der 1,33 Milliarden Einwohner 1.100 m² Ackerfläche zur Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung. Zugleich ist es das Land, in dem die durchaus dramatischen, aber eben nicht nachhaltigen Ertragssteigerungen der Grünen Revolution tatsächlich der Bevölkerung zugute kamen: In der Zeit von 1970 bis 1990 sank in China die Zahl der Hungernden von 406 auf 189 Millionen Menschen, während sie in dieser Periode im Rest der Welt – trotz Grüner Revolution – von 536 auf 597 Millionen stieg.¹⁵ China wurde Selbstversorger und die Körnerfruchternte erreichte 1998 seinen Spitzenwert von 392 Millionen Tonnen. Seitdem sinkt die Menge geernteter Körnerfrüchte kontinuierlich, wobei der 18%-ige Verlust im Jahr 2003 (70 Millionen Tonnen weniger verglichen mit 1998) noch ziemlich gut mit dem 16%-igen Verlust an Ackerfläche übereinstimmt.¹⁶ Der Flächenverlust entsteht einerseits durch die rasante Umwandlung von landwirtschaftlicher Nutzfläche in Bauland, Straßen und Parkplätze, zum anderen durch die galoppierende Desertifikation. Chinas Wüsten wachsen jährlich um 3.600 km². Vor diesem Hintergrund wird nachvollziehbar, warum die Volksrepublik China zu den führenden Ländern beim *Offshore farming* gehört. Noch ungünstiger als in China ist der Quotient aus Bevölkerung zu Ackerfläche in Südkorea: Pro Einwohner stehen 400 Hektar zur Verfügung mit dem Ergebnis, dass etwa die Hälfte aller Nahrungsmittel importiert werden muss.

Im Prinzip ist es nur logisch, die nationalen Bedürfnisse der verschiedenen Länder mit ihren unterschiedlichen natürlichen Gegebenheiten und historischen Voraussetzungen durch Handel und Austausch aus-

zugleichen. Auch scheint es auf den ersten Blick vernünftig, multinationale Agrarkonzerne wie Cargill, Archer Daniel Midlands oder Nestlé durch Direktverträge auszusuchen. Das Problem besteht darin, dass auch das *Offshore farming* den Gesetzen der „freien“ Marktwirtschaft und dem Bereicherungsdrang der Beteiligten unterworfen ist. Folglich findet ein solcher Austausch nicht auf der Basis gleichberechtigter Beziehungen im Interesse eines gegenseitigen Ausgleichs statt, sondern folgt der Logik des Profits. Das erklärt, warum sich bei den „Gastgebern“ des *Offshore farming* eine auffällige Häufung von armen Ländern mit korrupten Regierungen findet.

„Gastgeberländer“: Situation und Konfliktpotential

Äthiopien, Angola, Indonesien, Kambodscha, Kamerun, Kenia, Kongo (Brazzaville), Madagaskar, Mali, Mocambique, Pakistan, die Philippinen, Sambia, der Sudan und Tansania zählen zu den beliebten „Gastgeberländern“ beim globalen Pacht- und Landkauf-Roulette. Dies hat zum Teil kulturelle Gründe: Die Golfstaaten lassen eine gewisse Vorliebe für „Gastgeberländer“ mit moslemischer Bevölkerung erkennen. Doch außer Kongo (Brazzaville) liegen alle hier genannten afrikanischen Länder sowie Kambodscha und Pakistan im untersten Viertel des *Human Development Index* der Vereinten Nationen. Und außer Madagaskar befinden sich alle aufgeführten Länder im unteren Drittel des Korruptionsindex von *Transparency International* (je höher der Indexwert desto geringer die Korruption). Daraus folgt, dass sich alle Länder, was die Aushandlung der oben diskutierten vermeintlichen Vorteile anbetrifft, in einer ungünstigen Position befinden.

Die eingangs zitierte Zahl, der zufolge während der letzten fünf Jahre in fünf afrikanischen Ländern Landnutzungsverträge über 2,5 Millionen Hektar abgeschlossen wurden, ist inzwischen längst überholt. Laut einer Meldung vom 15. September 2009 gab der äthiopische Landwirtschaftsminister bekannt, dass allein in diesem Land



die Vergabe von 2,7 Millionen Hektar Land geplant ist, von denen 1,7 Millionen Hektar bereits zur nächsten Erntesaison den Investoren zur Verfügung stehen sollen.¹⁷ Diese stehen inzwischen Schlange. Der zitierten Meldung zufolge liegen in Äthiopien 8.000 Landnutzungs- bzw. Landkaufanträge ausländischer Investoren vor, von denen bislang 2.000 bewilligt wurden. Dies steht damit im Kontrast, dass die Lebensgrundlage von 85% der äthiopischen Bevölkerung auf Landwirtschaft basiert. Außerdem empfangen dort 5,2 Millionen Menschen Nahrungsmittelhilfe aus dem Ausland. David Hillam, der stellvertretende Direktor der FAO, wird zu dieser Konstellation in der *Times of India* vom 26. September 2009 mit den Worten zitiert: „Stellen Sie sich vor, leere LKWs fahren in ein Land wie Äthiopien zu einer Zeit hinein, in der durch Dürreperioden oder bewaffnete Konflikte Nahrungsmittelknappheit existiert und fahren, beladen mit Getreide, wieder hinaus, um eine Bevölkerung in Übersee zu ernähren – können Sie sich die politischen Konsequenzen ausmalen?“¹⁸

Aufgrund sozialer Unruhen infolge des Eindringens von China nach Mocambique (es war nicht nur geplant, Land für die Produktion von einer halben Million Tonnen Reis unter Vertrag zu nehmen, sondern auch gleich 10.000 chinesische Landarbeiter mitzubringen), wurde ein 800-Millionen-Dollar-Vertrag gekündigt und es entstand eine Kluft in der chinesischen Herangehensweise an das *Offshore Farming*. Während die Chefs privater chinesischer Firmen versuchten, die politische Führung zu weiteren Deals zu drängen, äußerten sich Xue Guoli und Qian Keming, zwei hochrangiger Beamte des chinesischen Landwirtschaftsministeriums, zu unterschiedlichen Zeitpunkten dahingehend, dass China künftig mehr Zurückhaltung bei der Landnahme walten lassen wolle.¹⁹

Einer der spektakulärsten Vorgänge der jüngsten Zeit waren der 99-jährige Pachtvertrag des südkoreanischen Daewoo-Konzerns mit dem damaligen Präsidenten Madagaskars, Marc Ravalomanana, was entsprechende Folgen hatte. Die beiden Vertragsparteien hatten sich Ende 2008 auf die Verpachtung von über 1,3 Millionen Hektar geeinigt, mehr als die Hälfte des fruchtbaren Landes der Insel, deren Bevölkerung laut FAO-Statistik zu 37 Prozent chronisch unterernährt ist (im Jahr 2008 erhielten 600.000 Menschen Nahrungsmittelhilfe aus dem Welternährungsprogramm). In der Konsequenz war der Daewoo-Deal ein wichtiger Mobilisierungsfaktor bei den immer wieder aufflammenden und blutig unterdrückten Protesten

gegen den Präsidenten. Fast 200 Menschen wurden bei diesen Unruhen von den Sicherheitskräften erschossen bis Ravalomanana schließlich am 17. März 2009 von seinem Amt zurücktrat. Sein Gegenspieler Andry Rajoelina übernahm mit Unterstützung der Armee und des Verfassungsgerichts das Präsidentenamt und annullierte den Vertrag mit Daewoo. Damit war einer der spektakulärsten Landraubversuche der Gegenwart gescheitert. Doch ob in der Politik Madagaskars tatsächlich Wandel einsetzt, bleibt abzuwarten. Nach Pressemeldungen ging Daewoo Anfang Juli bankrott. Andere jedoch, zum Beispiel die indische Firma *Varun International*, klopfen bereits an die Tür. *Varun International* gab bekannt, dass sie über den Anbau von Reis, Mais und Weizen auf 170.914 Hektar verhandeln und auf einen baldigen Abschluss hoffen.¹⁸ Länder mit ausgewachsenen Bürgerkriegen (Sudan) oder bürgerkriegsartigen Zuständen (Pakistan) scheinen zu den Favoriten bei der neuen Landnahme zu gehören. Der desolate Zustand dieser Länder scheint den Abschlüssen eher förderlich als hinderlich zu sein. Man könnte meinen, dass die Investoren davon ausgehen, dass ihre Geschäfte früher oder später ohnehin zu sozialen Unruhen führen werden, was in Ländern mit einer unübersichtlichen Lage wie Sudan oder Pakistan dann nicht weiter auffallen würde. So hat das *Sayegh*-Konsortium aus den Vereinigten Arabischen Emiraten im Sudan kürzlich 15.000 km² Land erworben, auf dem es „für internationale Märkte“ produzieren wolle.²⁰ Weitere 1.500 km² sind durch andere Verträge gebunden und hinzu kommen mindestens drei Abkommen, bei denen der Umfang der verhöckerten Fläche nicht bekannt ist.⁴ In Pakistan hat das »Board of Investment«, eine von der Regierung mit der Akquise von Auslandsinvestitionen beauftragte Institution, allein in der Provinz Punjab 2,7 Millionen Hektar ausgewiesen, die für die industrielle Landwirtschaft geeignet seien. Und Waqar Ahmad Khan, der umtriebige Minister für Investitionen, hatte sich kürzlich zu einer „Road Show“ nach Dubai begeben, um das Interesse ausländischer Investoren für pakistanische Ländereien weiter anzustacheln. Das Verkaufsziel für die Machthaber in Pakistan liegt bei über 2,8 Millionen Hektar.²¹ Gerüchte, dass die künftigen Äcker der Saudis von Militär bewacht werden sollen, halten sich hartnäckig.¹⁸

Anmerkungen

¹ GRAIN Briefing: Seized ! The 2008 land grab for food and financial security. October 2008. http://www.grain.org/briefings_files/landgrab-2008-en.pdf

² Braun, J.v. & Meinzen-Dick, J.: Land grabbing by foreign investors in developing countries: risks and opportunities. IFPRI Policy Brief 13, April 2009. <http://www.ifpri.org/sites/default/files/publications/bp013all.pdf>

³ Woodrow Wilson International Center for Scholars: Land grab: the race for the world's farmland. Konferenz am 5. Mai 2009. http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?topic_id=1462&fuseaction=topics.event_summary&event_id=517903

⁴ FAO, IIED and IFAD: Land grab or development opportunity? Agricultural investment and international land deals in Africa. 2009. http://www.ifad.org/pub/land/land_grab.pdf

⁵ Hoering, U.: Agrar-Kolonialismus in Afrika. VSA-Verlag, Hamburg, 2007.

⁶ Pedersen, K.: Indigener Protest gegen deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Poonal Nr. 713 vom 11. April 2006 (<http://www.npla.de/poonal/p713.html#start>)

⁷ Godoy, J.: AFRIKA: Raub oder Chance – Kontroverse um Agrarlandverträge mit reichen Investoren. Inter Press Service (www.ipseuropa.org), Meldung vom 13.07.2009

⁸ Spieldoch, A.: The social costs of overseas land acquisition. Implications for food security and poverty alleviation. Präsentation am 5. Mai 2009 – siehe (3).

⁹ FAO: The state of food insecurity in the world. Rom, 2008. <http://www.fao.org/docrep/011/i0291e/i0291e00.htm>

¹⁰ Hoering, U.: Leitlinien für Landraub. <http://www.globe-spotting.de/comments.html>

¹¹ Nach Aussage von F. Irawan von der indonesischen Umweltorganisation „Walhi“ auf einer Veranstaltung am 04.03.2008 in Lindau

¹² IAASTD Global Report, S. 518. http://www.agassessment.org/reports/IAASTD/EN/Agriculture%20at%20a%20Crossroads_Global%20Report%20%28English%29.pdf

¹³ Pedersen, K.: Naturschutz und Profit. Unrast-Verlag, Münster, 2008.

¹⁴ Addis Fortune vom 14.09.2009, vgl. <http://farmlandgrab.org/7554>

¹⁵ Rosset, P., Collins, J. und Lappé, F.M.: Lessons from the Green Revolution. 08.04.2000. <http://www.foodfirst.org/en/media/opeds/2000/4-greenrev.html>

¹⁶ Brown, L.R.: Reversing China's Harvest Decline. In: Brown, L.R.: *Outgrowing the earth: The food security challenge in an age of falling water tables and rising temperatures*. W.W. Norton & Co., New York, 2005, S. 133-155. http://www.earthpolicy.org/images/uploads/book_files/ouch08.pdf

¹⁷ vgl. <http://farmlandgrab.org/7574>

¹⁸ vgl. <http://farmlandgrab.org/7906>

¹⁹ vgl. Reuters: China says not pushing to expand farming overseas; Reuters-Meldung vom 4.3.2009 und <http://farmlandgrab.org/2618>

²⁰ vgl. <http://farmlandgrab.org/7915>

²¹ vgl. <http://farmlandgrab.org/7458>

Honduras: Neoliberaler Putsch mit FDP-Unterstützung

von Jürgen Wagner

Am 28. Juni 2009 putschte in Honduras das Militär gegen den gewählten Präsidenten Manuel Zelaya, der außer Landes gebracht wurde. Vorwand war ein angeblicher Rechtsbruch Zelayas, der parallel zur nächsten Wahl eine Volksbefragung über die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung abhalten wollte. Eine aus Vertretern zahlreicher Nichtregierungsorganisationen zusammengesetzte „Internationale Mission zur Beobachtung der Menschenrechtsslage in Honduras“ kam jedoch zu dem Ergebnis, dass diese Anschuldigung haltlos ist.¹

Putsch der Machtelite

Hintergrund für den Putsch dürfte sein, dass Zelaya, ursprünglich voll auf neoliberalem Kurs und dabei zunächst maßgeblich von der FDP-nahen Friedrich Naumann-Stiftung (FNS) unterstützt, zunehmend auf eine pro-chavistische Linie umgeschwenkt ist. Zuletzt erntete er für die Forderung, eine Erhöhung des Mindestlohns um 60% durchsetzen zu wollen, scharfe Kritik, u.a. von Chiquita (Ex United Fruit) und Dole Food. Honduras gilt seit Langem als Armenhaus Lateinamerikas und setzt insofern auch die Standards für Löhne auf dem Subkontinent – eine derartige Erhöhung des Mindestlohns, so die Befürchtung der

Konzerne, hätte Auswirkungen auf das (Billig-)Lohngefüge in ganz Lateinamerika gehabt.² Wirtschaftliche Interessen sind also vorhanden, dennoch gibt es aber bislang noch keine schlüssigen Beweise für eine direkte Involvierung. Ideelle Unterstützung leistet aber u.a. die Naumann-Stiftung, die den Putsch beschönigend als „Amtsenthebungsverfahren“ bezeichnet, das „völlig verfassungskonform“ verlaufen sei.³ Der FNS-Vertreter in Honduras, Christian Lüth, lobte den Putsch gar als eine „Rückkehr zu Rechtsstaat und zu Verfassungsmäßigkeit.“⁴

Die von Zelaya angestrebte Verfassungsgebende Versammlung hätte voraussichtlich das Machtgefüge in Honduras zu Ungunsten der herrschenden Elite nachhaltig verändert, die nicht bereit war, dies hinzunehmen und deshalb das Militär mobilisierte: „Die Mission kommt zu dem Schluss, dass viel mehr auf dem Spiel steht, als ein einfacher politischer Kampf zur Wiederherstellung der Rechtsordnung und zur Ermöglichung der Rückkehr eines rechtmäßigen Präsidenten an die Macht. Es handelt sich hier um ungelöste soziale Konflikte zwischen einer Wirtschaftselite, die in Zusammenarbeit mit der Armee und auf undemokratische Weise die Macht an sich gerissen hat, und verschiedenen Teilen der Gesellschaft mit ihrer Forderung einer neuen institutionellen und sozialen Ordnung.“⁵

Unmittelbar nach dem Putsch wurden die demokratischen Grundrechte extrem eingeschränkt: Ausgangssperre, Verfolgung Oppositioneller, etc. – systematisch, wie die Menschenrechtskommission unterstreicht: „Sämtliche von der Mission gesammelten Beweise deuten darauf hin, dass die Aussetzung von Grundrechten der de-facto-Regierung als Mittel diente, um die öffentliche Präsenz der Gruppen, die sich dem Staatsstreich entgegenstellen, zu kontrollieren und zu unterdrücken.“⁶

Aussitzstrategie der Putschisten

Richtig ist zwar, dass der Putsch unisono verurteilt wurde, das reicht aber nicht. Die Strategie der Putschisten scheint zu sein, das Ganze jetzt einfach „auszusitzen“: Zelayas Amtszeit würde ohnehin mit den auf 29. November angesetzten Wahlen enden. Gut möglich, dass man einfach versuchen wird, bis dahin über die Runden zu kommen, der Opposition möglichst wenig Raum im Wahlkampf zu bieten und dafür zu sorgen, dass auf „demokratische“ Weise ein genehmer Kandidat gewählt wird.⁷ So könnte eine „geordnete“ Re-Transferierung in die Hände neoliberaler Kräfte vonstatten gehen, wofür sich die Naumann-Stiftung lautstark einsetzt: „Der entmachtete Präsident Zelaya ruft seit Wochen zu einem ‚Volksaufstand‘ gegen die de facto Regierung seines Gegenspielers Micheletti auf. Daraufhin kam es immer wieder zu gewaltsamen Ausschreitungen in Honduras. Statt Aufruhr und Gewalt könnten baldige Wahlen unter internationaler Beobachtung die Krise beenden.“⁸ Deshalb kann die Forderung nur lauten: keine Anerkennung von Wahlergebnissen, bevor Zelaya nicht wieder ins Amt gesetzt wurde.

Obwohl der Putsch zwar von Europäischer Union und auch den USA verurteilt wurde, wurden darüber hinaus kaum Sanktionen ergriffen, um Druck auszuüben. Denkbar wäre hier die Aussetzung sämtlicher diplomatischer Beziehungen und die Ausweisung aller Diplomaten, die den Putsch befürworteten. Auch sollten alle Programme, die eine Finanzierung von Institutionen beinhalten, die in den Putsch verwickelt waren, sofort auf Eis gelegt werden.

Anmerkungen

¹ De-Facto-Regierung verletzt Menschenrechte in Honduras, Abschlussbericht der Internationalen Mission zur Beobachtung der Menschenrechtsslage in Honduras, Washington, August 2009, http://www.fian.de/fian/downloads/pdf/aktuell+presse/Abschlussbericht_Internationale_Menschenrechtsmission_Honduras.pdf

² John Perkins: Honduras: Military Coup Engineered by Two US Companies? Globalresearch.ca, 21.08.2009.

³ Die Naumann-Fraktion, German-Foreign-Policy.com, 20.6.09.

⁴ Politische Verfolgung nach Putsch in Honduras, Telepolis, 29.09.2009.

⁵ Abschlussbericht der Internationalen Mission, S. 29f.

⁶ Ebd., S. 15.

⁷ Michael Shifter: Obama's Honduras Problem. The United States and Latin America After the Coup, Foreign Affairs, 24.08.2009.

⁸ Christian Lüth/Harald Klein: Honduras: Baldige Wahlen sind nützlicher als ein Volksaufstand, Bericht aus aktuellem Anlass N° 60/09, 19. August 2009.



Weggeputscht: Honduras Präsident Manuel Zelaya, Foto: Wikipedial/Agência Brasil

Es brennt ... überall

Ein Kommentar zu Geburtstagskerzen und anderen Dingen

von Andreas Seifert

Die Volksrepublik China hat am Vorabend ihres 60-jährigen Bestehens nicht nur rote Fahnen, viele feierliche Reden und schöne Grußworte aufgelegt, sondern Beijing eine eiserne Halskrause verpasst, die jede Freude erdrücken wird. Der stählerne Ring, wie ihn die Beijinger Presse bereits getauft hat, besteht aus einem umfangreichen Aufgebot von über 7.000 Polizisten, einer nicht genannten Zahl von Milizangehörigen („Tausende“) und jede Menge weiterer Sicherheitskräfte, die jeden strategisch wichtigen Winkel der Stadt unter wachsame Beobachtung stellen. An den Zugängen zu den U-Bahn-Stationen und einigen Unterführungen wurden Taschenkontrollen eingerichtet, um auszuschließen, dass Bomben platziert oder unliebsame Flugblätter verbreitet werden. Damit nicht genug, wird auch der Gebrauch von Radios und Mobiltelefonen rund um den Tiananmen-Platz genau kontrolliert. Die Ausgabe von Benzin in Kanister wird reglementiert: Tankstellen sind aufgefordert, Kopien der Personalausweise von Leuten einzufordern, die mit einem Kanister um Benzin bitten. Und nun wird nach einem blutigen Zwischenfall in den großen Supermärkten sogar der Verkauf von langen Messern für die nächste Zeit ausgesetzt.

Solche Vorbereitungen mögen kurios

erscheinen, als eine Art Überreaktion des Regimes auf reale oder eingebildete Gefahren, aber sie sind spürbare Einschränkungen aller chinesischen Bürger. Diese Maßnahmen bilden aber nur die Spitze einer umfangreichen und gezielten Repression gegen jede Form des Protestes – sie sind Ausdruck einer Anpassung der Sicherheitsapparate an Bedrohungen, die aus der sozialen und politischen Ungerechtigkeit in China resultieren, aus hausgemachten Problemen.

Chinas wirtschaftliche Entwicklung seit den 80er Jahren hat Millionen aus der absoluten Armut geführt. Umgekehrt wurde dabei die Entwicklung von gesellschaftlichen Institutionen, die eine politische Artikulation breiter Schichten ermöglichen würde, nicht nur vermieden, sie wurde verhindert. Die Niederschlagung der Demokratiebewegung von 1989 hat den Keim solcher Institutionen vernichtet und aktive Bürgerrechtler kriminalisiert. Konzentriert auf die Entwicklung der Exportindustrie, hat sich die chinesische Öffentlichkeit damit abgefunden, keine Mitsprache zu haben – das Primat des Konsums, der persönlichen Bereicherung und damit einhergehend die Akzeptanz ungleichzeitiger Entwicklung in China bildet das Lebensgefühl seit 1990.

Mit der Krise der westlichen Industrienationen bricht auch für China eine neue Zeit an. Der soziale Kampf um die besten Plätze in den Branchen der Entwicklung ist schärfer geworden. Wanderarbeiter, die Träger der Exportproduktion, werden in ihre Heimatdörfer geschickt und damit aus dem Bewusstsein der Städter getilgt. Dass die Rückkehrer schon längst keine Zukunft mehr in ihrer „Heimat“ haben, versucht man zu verdrängen. Arbeitslosigkeit greift um sich und erzeugt ein Gefühl von Unzufriedenheit und Neid, das sich in

Gewaltakten niederschlägt. Dies gilt ganz besonders für Regionen, in denen die Entwicklung vor allem bestimmten ethnischen Gruppen zugute gekommen ist: die Randregionen Xinjiang, Qinghai und Tibet. Minderheitenkonflikte entladen sich nicht gerade jetzt, weil ein Feiertag vor der Tür steht, sondern weil es soziale Konflikte um Teilhabe am chinesischen Wirtschaftswachstum sind, das nun ins Stocken gerät.

Die Milliarden Yuan, die Beijing in die Entwicklung von Infrastruktur, Wirtschaftsförderung und auch soziale Projekte steckt, sind nicht nur ein Rettungsversuch der chinesischen Wirtschaft, sie sind ein letzter Versuch, den sozialen Frieden über die Krise zu retten.

Flankiert wird dies durch den systematischen Umbau der Sicherheitsstruktur. Lokale Polizei wird durch Einheiten ergänzt, die in der Hierarchie der Partei stehen. Diese stehen bei aller regionaler Anbindung vor allem unter einem zentralen, von Beijing aus geleiteten, Befehl: Die People's Armed Police ist in der Lage, jeden Aufstand im Zaume zu halten. Darüber hinaus wird die Regierung jeden Vorwand nutzen, Kritiker aus dem Verkehr zu ziehen – auch wenn die Entwicklung des chinesischen Rechts dies inzwischen gar nicht mehr zulässt und Protest möglich macht. Der Spitzelapparat aus Polizei, Partei und Nachbarschaftskomitees bildet ein fast lückenloses Netz, in dem sich jeder Widerstand verfängt.

Zum Geburtstag der Volksrepublik China werden viele Kerzen auf der Torte stehen – brennen wird es auch an anderen Stellen. Es wird Aufgabe der Chinesen sein, darüber zu befinden, wie das Land mit den Ansprüchen nach breiter wirtschaftlicher Entwicklung für alle Teile der Bevölkerung umgeht. Es wird auch Aufgabe der Chinesen sein, Lösungen für soziale, wirtschaftliche und umweltpolitische Probleme zu finden – die Verbesserung von Repressionsmechanismen ist kein Weg, der langfristig tragen wird.



**IMI Informationsstelle
Militarisierung e.V.**

Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154